

REZENSIONEN

KOMMENTARE

GLOSSEN

Anselm Jappe

DIE GEMEINSAMKEIT DER DEMOKRATEN IN ITALIEN

Innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder gilt Italien oft als eine zweite Garnitur gegenüber den nordeuropäischen Ländern, und es betrachtet sich meist auch selber so. Dem mag durchaus so sein, wenn es um die Sozialleistungen des Staates oder seine Effizienz geht, also um das „Wohl der Bürger“, das angeblich der Zweck der europäischen Einigung ist. Wenn es allerdings um weniger groß herausposaunte, aber vielleicht um so zentralere Aspekte der Konstruktion des modernen Europa geht, dann besaß Italien oft sogar eine Wegbereiterfunktion und ist immer wieder ein Laboratorium für die Entwicklung neuer Herrschaftstechniken gewesen: sei es die zehn Jahre vor Deutschland erfolgte nationale Einigung 1860/61 mittels Eroberung durch einen Teilstaat, sei es die Erfindung des Faschismus, oder auch die Verzahnung von Mafia und Staatsapparat und die Benutzung des Terrorismus, um einen Massenprotest zu stoppen, der nicht mehr in die traditionellen Kanäle geleitet werden konnte. Auch die Entwicklung neuer, auf flexiblen Kleinbetrieben beruhenden dezentralisierten Produktionsweisen hatte in Italien früher als anderswo, nämlich schon am Ende der siebziger Jahre begonnen.

Ab 1992 schien Italien erneut Vorreiter zu sein beim Übergang zu einer neuen Phase, die sich auch in anderen Ländern abzeichnete. Die unter dem Namen „Mani pulite“ („Saubere Hände“) bekannte Reihe gerichtlicher Untersuchungen stellte einen Großteil der bis dahin Herrschenden unter Anklage und brachte

das politische System zum Einsturz, das seit 1948 bestand. In der sogenannten „ersten Republik“ regierte die Democrazia cristiana mit kleineren Parteien aus der politischen Mitte, vor allem den Sozialisten, als Koalitionspartnern, während die Kommunistische Partei offiziell in der Opposition war, aber in Wirklichkeit an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt wurde, insbesondere während des „nationalen Notstandes“ in der „Terrorismus“-Zeit um 1978. 1993 löste sich die Democrazia cristiana in mehrere Parteien auf, während alle anderen Parteien verschwanden oder sich umbenannten (und dabei bezeichnenderweise stets die Bezeichnung „Partei“ abschafften). Mit dem außerhalb des Parteiensystems stehenden Zentralbankchef Ciampi wurde damals zum ersten Mal eine überall vorzeigbare Person Ministerpräsident. Es ist kein besonderer Scharfsinn notwendig, um zu mutmaßen, daß der Versuch, eine korrupte und nur noch um ihre Selbsterhaltung bemühte Politikerkaste von der Bühne zu drängen, weniger einem plötzlichen Impuls des Richterstandes zu verdanken war, noch einem moralischen Aufschrei der Bevölkerung, sondern dem Interesse der sogenannten „starken Mächte“¹ entsprach, die nicht den Anschluß an das europäische Einigungswerk verlieren wollten und deshalb auf die Modernisierung der Strukturen setzten (während in Norditalien das in der „Lega Nord“ organisierte kleine und mittlere Bürgertum meinte, nur im Alleingang, ohne den Rest Italiens, den Sprung nach Europa schaffen zu können). Von der Politik schwapp-

te die Erneuerungswoge in die Gesellschaft: es wurden zwar keineswegs subversive Forderungen aufgestellt, aber allein schon das allgemeine Verlangen nach Legalität und die Forderung, die öffentlichen Strukturen dürften nicht länger nur der Autoreproduktion einer Oligarchie dienen, schien die Grundlagen des seit Jahrzehnten bestehenden, spezifisch italienischen Modells in Frage zu stellen zugunsten eines „modernerer“ oder „europäischeren“. In der Tat war sogar von einer friedlichen „italienischen Revolution“ die Rede.

Aber das waren Illusionen. Italien verdankt seine „Erfolge“ – es ist immerhin zur fünften oder sechsten Industrieration der Welt aufgestiegen – gerade seiner Verbindung von archaischen und modernen Zügen und der daraus hervorgehenden großen Flexibilität. Seine Umwandlung in ein Land, in dem alles nach Recht und Gesetz zugeht, wäre vom Systemstandpunkt aus genauso kontraproduktiv wie es das Bestehen der japanischen „Arbeitnehmer“ auf den theoretisch ihnen zustehenden Rechten wäre. Nach dem äußerst bewegten Jahr 1993 erfolgte bereits 1994 ein radikaler Umschwung mit dem Eintritt des Medienzaren Berlusconi in die Politik. Der Wahlsieg seiner erst wenige Wochen vor den Wahlen gegründeten „Forza Italia“, seine Regierungsbildung zusammen mit der „Lega Nord“ und der „Alleanza nazionale“ – womit zum ersten Mal in der europäischen Nachkriegsgeschichte eine aus dem Faschismus hervorgegangene, xenophobe Partei an der Regierung beteiligt wurde – sowie die Anfänge seiner Regierungstätigkeit stellten auf einmal die sonst niemanden interessierende italienische Innenpolitik in den Brennpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Hier schienen die „westlichen Demokratien“ ihre eigene Zukunft zu erblicken²: ein verhüllt autoritäres System, in dem ein Großindustrieller, der als eine Art Mischung aus Messias und Popstar

auftritt, dank seiner Fernsehkanäle stets die öffentliche Meinung in der Hand hat und mittels Referenden und Meinungsumfragen unter weitgehender Umgehung des Parlaments und aller traditionellen Institutionen regiert.

„Forza Italia“ war keine Partei, sondern bestand aus den regionalen Leitern von Berlusconi Unternehmen, statt Ortsgruppen gab es „Clubs Forza Italia“, und es fanden weder Parteitage noch innere Wahlen statt. Der Ultraliberalismus, die versuchte Amnestie für die inkriminierten Politiker, die Legalisierung aller illegal gebauten Häuser, das Jagdrecht in den Nationalparks, die Kürzung der Renten waren seine Haupttaten. Gleichzeitig fand eine bis dahin in Italien unbekannte Personalisierung der Politik statt, und „charismatische“ und telegene Führer traten nicht nur auf der Rechten (Berlusconi, Fini), sondern auch der „äußersten“ Linken auf in Gestalt des Vorsitzenden von Rifondazione comunista, Bertinotti. Diejenigen, die die „klassische“ bürgerliche Demokratie für eine große Errungenschaft halten, hatten endlich wieder einen Feind, gegen den sie diese verteidigten konnten.

Was ist heute davon übriggeblieben? Auf den ersten Blick nicht viel. Der Fernsehputsch von 1994 und Berlusconis Versuch während seiner Regierung, die traditionellen Regeln der auf feinsten Gleichgewichtstarierungen beruhenden italienischen Politik umzuwerfen, ist schließlich an der überlegenen Zermürbungstaktik der weiten Front seiner Gegner gescheitert. Das Grundgesetz Italiens, „alles ändern, damit sich nichts ändert“, hatte sich diesmal gegen die Rechte gekehrt, und das enorme Beharrungsvermögen des politischen Systems schien auch diesmal gewonnen zu haben. Berlusconi ist nach und nach ein ganz normaler Politiker in der Nachfolge der Christdemokraten geworden, und noch ein ziemlich ungeschickter dazu, der hauptsächlich

lich von der Linken am Leben gehalten wird, für die er der ideale Gegner ist. Die einst gemachten Vergleiche Berlusconi mit Zirinovskij, Haider oder ähnlichen Figuren scheinen heute durchaus unangebracht. Aber er ist nicht totzukriegen, zum Erstaunen seiner Feinde und angeblichen Freunde, und „Forza Italia“ geht aus jeder Wahl ungeschmälert hervor. Auch die dauerhafte Einbindung der Postfaschisten in die Regierung, welche die Linke Schlimmstes für ganz Europa befürchten ließ, hat nicht stattgefunden: Nicht nur haben diese ihre Ministerämter schnell wieder aufgegeben, sondern sind auch, und auf viel glaubwürdigere Weise als es die Traditionsinke zugeben will, eine konservativ-liberale Partei „gaullistischer“ Tradition geworden³.

Die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ hat sich also auch hier insofern durchgesetzt, als die postmoderne Medienpolitik Berlusconi weitgehend der traditionellen Korridorpolitik hat weichen müssen. Auch vorher verdankte Berlusconi seinen Erfolg allerdings nicht wirklich seinen Fernsehkanälen, wie seine Gegner glauben machen wollen. Denn würden diese ununterbrochen auf dem Bildschirm erscheinen, hätten sie doch nicht denselben Publikumerfolg wie er. Das Publikum liebte und liebt ihn, und genau wie ähnliche Gestalten gefällt er gerade *wegen* seiner häßlichen Seiten, durch die er vielen gleichzeitig als Identifikationsfigur („so schlau möchte ich auch sein“) und als Entschuldigung der krummen Dinge, die sie selber drehen, dient. Seine Scherereien mit der Justiz haben jedenfalls der Anhänglichkeit seiner Fans keinen Abbruch getan, eher im Gegenteil⁴. Letztlich war sein Erfolg deshalb nicht so sensationell wie er schien, sondern er hat die traditionellen Klientelstrukturen der Christdemokraten und von Craxis Sozialisten übernommen. Aber um weiter mitspielen zu dürfen, hat er auf seinen Extremismus verzichtet und sich, trotz gele-

gentlicher Rück- und Ausfälle, den anderen Demokraten anpassen müssen. Das gilt für den Inhalt wie für die Form: seine Vorschläge zur Einführung neuer Methoden, wie z. B. einer Massendemonstration im Auto vor dem Präsidentenpalast, riefen selbst bei seinen Verbündeten nur Gelächter hervor und wurden nicht wiederholt. Pech für die aufrechten Demokraten, aber auch Berlusconi ist einer der ihnen geworden.

Die gemeinsamen Demokraten haben jedoch nicht nur den Pendelschlag nach rechts angehalten, sondern auch den nach links bzw. zur „Demokratie“ im emphatischen Sinne hin. Die Betreiber von „Mani pulite“ sitzen längst selber auf der Anklagebank (bis jetzt auf der politischen). Im Oktober 1999 ist Andreotti, über 30 Jahre lang Schlüsselgestalt der italienischen Politik, sowohl von der Anklage, den Mord eines Journalisten angestiftet zu haben, als auch von der, enge Kontakte mit der Mafia gehabt zu haben, freigesprochen worden. Die symbolische Bedeutung dieser Freisprüche ist kaum zu überschätzen und ermutigt endgültig jeden Stadtrat, wieder öffentliche Aufträge nur gegen „kleine Tüten“ zu vergeben, jeden Bürochef, seine Angestellten zu drangsalieren, jeden Autofahrer, auf dem Bürgersteig zu parken. Vor zwei Jahren, als die beiden Prozesse begannen, schien ein solcher Ausgang noch unmöglich⁵. Aber in Wirklichkeit war er zu erwarten. Das politische System Italiens hatte es noch verwunden können, daß ihm durch alle Gerichtsstufen hindurch bestätigt worden war, einige Jahre lang einem gemeinen Schmiergeldentreiber namens Craxi die Macht überlassen zu haben. Aber es konnte schlecht zugeben, 30 Jahre lang von einem Mörder und Mafioso regiert worden zu sein. Wenige Tage nach Andreottis Freispruch war dann lautstärker denn je von einer Amnestie für den nach Tunesien geflohenen Craxi die Rede und erntete Berlusconi

Freisprüche in zweien seiner Prozesse. Der Spieß scheint sich völlig umgedreht zu haben; von „Restauration“ ist die Rede, und auf einmal sind fast alle der Meinung, daß „Mani pulite“ eine politische Intrige war, nichts weiter. Auch hier hat sich die Gemeinsamkeit der Demokraten durchgesetzt.

Sie hat das aber auch auf einem anderen, weniger beachteten Gebiet getan. Nicht nur die Erben der Faschisten und das Großkapital haben ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Familie bewiesen, sondern auch ihr angeblicher Gegenpol, die Stalinisten⁶. Es ist an sich schon bemerkenswert, daß mit der einer klassischen Parlamentsintrige geschuldeten Wahl D'Alema zum Ministerpräsidenten Ende 1998 nicht nur zum ersten Mal in der italienischen Geschichte ein „Sozialdemokrat“ regiert⁷, sondern vor allem zum ersten Mal in Westeuropa ein Ex-„Kommunist“ oder Stalinist. Denn nicht nur war D'Alema schon länger einer der Führer der Kommunistischen Partei (PCI), als diese 1991 ihren Namen in Demokratische Linkspartei (PDS) änderte, sondern er war bereits Vorsitzender der kommunistischen Jugendorganisation FGCI, als diese 1968 noch genau abwog, wieviel Kritik an der Sowjetunion und an der Prager Invasion gestattet sei. Ein Verlag, die Edizioni Kaos, hat sich in der Tat einen Spaß daraus gemacht, in einem Buch alle Äußerungen D'Alema aus jener Zeit zu sammeln, die ihm heute vermutlich eher unangenehm sind. Als der „orthodoxe“ D'Alema dann 1994 gegen den „Clintonianer“ Veltroni zum Vorsitzenden der PDS gewählt wurde, schrieben viele Zeitungen, die Partei sei zum Stalinismus zurückgekehrt nach der Reformära Occhetto. Fünf Jahre später wetteifert er mit Schröder und Blair im Kürzen und Bomben.

Und doch ist D'Alema ganz sicher kein „Abschwörer“ im Sinne Fischers. Die PCI ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich die „Kom-

munisten“, auch als sie noch lupenreine Stalinisten waren, nie als etwas anderes denn als Auswechsellagerung der Verwaltung der Warengesellschaft verstanden haben. Unbedeutend während ihrer illegalen Existenz unter dem Faschismus, war die PCI seit 1944 stets die zweitstärkste Partei Italiens und die stärkste kommunistische Partei Westeuropas. Sie stellte auch die am meisten reformistische dar, und das bei gleichzeitiger absoluter Treue zur Sowjetunion. In der verfassungsgebenden Versammlung stimmte sie 1947 für das dem Vatikan enorme Privilegien einräumende Konkordat, das die Sozialisten und das bürgerliche Zentrum abgelehnt hatten. Zum Lohn dafür wurde die PCI fast sofort danach aus der Regierung ausgeschlossen, und auch die Kirche dankte es ihr schlecht: einige Jahre später exkommunizierte sie alle Kommunisten. Dieses Spielchen sollte sich noch oft wiederholen: Obwohl innerhalb der herrschenden Klassen stets die – von den USA unterstützte – Fraktion gewann, die es für überflüssig hielt, den Kommunisten irgendwelche größeren Zugeständnisse zu machen, erfüllten diese treu und fleißig ihre Funktion, das soziale Konfliktpotential unter Kontrolle zu halten – bei den Unruhen von 1948 und 1960 ebenso wie in den subversiven siebziger Jahren.

Exemplarisch für diese Gemeinsamkeit der Demokraten war die finstere Gestalt von Palmiro Togliatti, Vorsitzender der PCI von 1927 bis 1964. Als Vizesekretär der Komintern, war er ein bedingungsloser Erfüllungsgehilfe Stalins. Im Spanischen Bürgerkrieg trug er unter dem Namen Ercoli mit die Hauptverantwortung für die stalinistische Politik, die mit allen Mitteln bis hin zum Mord die republikanische Front sabotierte. Aber auch über die gleichzeitig während den Säuberungswellen in der UdSSR stattfindende Ermordung der dorthin exilierten ungarischen und polnischen Kommunisten wie Bela Kun,

hätte er viel zu sagen gewußt. Trotzdem war dieser Scherge einer der überzeugtesten Vertreter der Teilnahme der Kommunisten an der italienischen „Demokratie“. Sobald er im Frühjahr 1944 in das von den Alliierten zum Teil den Deutschen entrissene Italien zurückkehrte, verkündete er diese neue Politik in der sogenannten „Salerno-Wende“ (nach dem Namen einer Stadt in der Nähe Neapels). In einer Rede vom 11. April 1944 vor den Neapolitaner Parteifunktionären verkündet er stolz seine Identifizierung mit allen „nationalen Werten“ und stellt die Kommunisten als deren bessere Vertreter gegenüber Kapitalisten und Faschisten dar: „Ich fordere jeden heraus [...] eine einzige Handlung unserer Partei zu finden, die mit den Interessen der Nation in Kontrast stand oder ihnen geschadet hätte [...] Antinational ist die Zerstörung der verfassungsmäßigen Freiheiten gewesen, die das Volk in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte. Sie hat es in der Tat den habgierigsten und egoistischsten Gruppen der italienischen Gesellschaft ermöglicht, die Interessen der Nation den ausschließlichen Interessen ihrer Klasse aufzuopfern“⁹. Dabei fühlt er sich ganz in Übereinstimmung mit Marx: „Wir sind auf der Linie der Lehre und Tradition von Marx und Engels, die nie die Interessen ihrer Nation verleugnet haben und sie stets verteidigten, sowohl gegen den fremden Angreifer und Eindringling als gegen die sie in den Staub tretenden reaktionären Gruppen“¹⁰. Sogar den Militarismus können die Kommunisten besser: Togliatti wirft den Faschisten vor, bei ihrer Machtergreifung (1922) ein Heer vorgefunden zu haben, das einen Krieg gewonnen hatte, und jetzt „uns“ ein besiegtes, erniedrigtes und aufgelöstes Heer hinterlassen zu haben¹¹. Die Klasse wird deshalb von Togliatti schnell durch die Volksgemeinschaft ersetzt: Angesichts des allgemeinen Elends und des fortdauernden Kriegs „würde man fast sagen,

daß alle sich mehr oder weniger als Proletarier fühlen“¹². Nur die „habgierigen und egoistischen Gruppen der Plutokratie“¹³ und die Nazis sind der Feind, ansonsten wird Burgfrieden gepredigt: Die PCI will, „daß alle Italiener, unabhängig von den Unterschieden der politischen Meinung, des religiösen Glaubens oder der Zugehörigkeit zu dieser oder jener sozialen Kategorie sich zusammenschließen müssen, um das Land von der ausländischen Invasion und dem faschistischen Verrat zu befreien“¹⁴.

Von Revolution ist da natürlich keine Rede: „Ich weiß, Genossen, daß sich heute den italienischen Arbeitern nicht das Problem stellt, das zu machen, was in Rußland gemacht worden ist“¹⁵, sondern es geht ums Mitmachen beim Wiederaufbau der bürgerlichen Gesellschaft: „Als kommunistische Partei, als Partei der Arbeiterklasse verlangen wir entschieden unser Recht, bei der Konstruktion des neuen Italien mitzuwirken“¹⁶. Das einzig Wichtige dabei ist natürlich die „Demokratie“: „Unsere Politik muß es uns erlauben, in einem Block alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte zu versammeln, alle tatsächlich nationalen Kräfte“, um ein „wirkliches und sicheres demokratisches Regime“ zu schaffen¹⁷. Als Demokrat gilt dabei einfach jeder Nicht-Faschist. Auf die Vorwürfe, die PCI würde auf die Revolution verzichten, erwidert er deshalb mit Hinweisen auf den „Verantwortlichkeitssinn“¹⁸.

Aber noch hielten Hitlers Truppen die Hälfte Italiens besetzt. Wenn Togliatti deshalb sagte: „Ein Land, das Krieg führen muß, um sich von der ausländischen Invasion zu befreien, kann seine Kräfte nicht in internen Streitigkeiten und Beleidigungen erschöpfen; es muß stark sein, um auf den Schlachtfeldern und im Inneren all seinen Feinden entgegenzutreten zu können“¹⁹ und deshalb verlangt, „daß in unserem Land eine Atmosphäre des

Kriegs und der strengen Nationaldisziplin entsteht“²⁰, dann mag das in der gegebenen historischen Konstellation berechtigt klingen. Aber es genügt, das Wort „Krieg“ durch „Konkurrenz auf dem Weltmarkt“ o. ä. zu ersetzen, damit dieser Satz auch von heute sein könnte und einen anderen Sinn annimmt. Für die Demokraten gibt es immer etwas Gemeinsames zu retten, und abgesehen vom Krieg sah das auch damals nicht viel anders als heute aus: Die PCI will „die elementaren Interessen der Arbeiter befriedigen und zuallererst die Wiederaufnahme einer mehr oder weniger normalen Industrietätigkeit beschleunigen“²¹. Bereits Ebert hatte ja gesagt, daß Sozialismus vor allem bedeutet, viel zu arbeiten. Ob das die italienischen Arbeiter damals auch so sahen, ist zweifelhaft, und in der Tat verkündet Togliatti: „Unsere Politik haben, vielleicht mehr als alle anderen, die intellektuellen Mittelschichten begriffen“²². „Die Freiheit des kleinen und mittleren Eigentums, sich zu entwickeln“²³, will die PCI verteidigen, und die von ihr „vorgeschlagene Politik ist die einzige, die eine schnelle Wiederbelebung der Wirtschaft ermöglicht dank einer ständigen Entwicklung des Existenzniveaus der Arbeiter- und Bauernmassen und der Unterdrückung aller Formen von ökonomischem und sozialem Parasitismus. Sie wird es Italien ermöglichen, wiederaufzuerstehen und wird dem Volk Wohlstand, Ruhe und Frieden geben“, ein wahrhaft revolutionäres Programm.

Ansonsten war Togliatti durchaus prophetisch: „Was die Regierungsbeteiligung konkret angeht, also die Zahl und Bedeutung der Ministerien, ist das für uns kein entscheidendes Element. Entscheidend ist es, daß sich eine starke und angesehene demokratische Kriegsregierung bildet“²⁴, und in der Tat mußte sich die PCI fünfzig Jahre lang mit ihrer Rolle als Mohr zufriedengeben, der, wenn er seine Schuldigkeit getan hatte, gehen durfte. „Die

ganze Säuberung [der öffentlichen Verwaltung von Faschisten; A.J.] muß gegenwärtig den Kriegsnotwendigkeiten untergeordnet werden“²⁵, hieß es, und tatsächlich verkündete Togliatti 1946 als Justizminister die Amnestie für die Faschisten, die andere politische Kräfte nicht durchzusetzen wagten.

Das alles wirkt heute sehr weit entfernt und scheint höchstens dazu dienen zu können, noch einmal zu bestätigen, was für Schufte die Stalinisten waren. Aber Togliattis Enkel wirken weiter fort und haben müheelos in den Schoß der demokratischen Familie zurückgefunden, und zwar ohne jedes Abschwören. Die PDS schämt sich jetzt natürlich Togliattis, und die Jahrzehnte auf dem Kopf der Parteizeitung *L'Unità* prangende Information „Von Togliatti gegründet“ ist abgeschafft worden, ganz so wie in Stalins Rußland die gerade in Unnade gefallenen Stalinisten von allen Photos verschwanden. In der seit 1991 bestehenden linken Abspaltung „Rifondazione comunista“ (die immerhin ungefähr 8% Stimmen auf sich vereinte) lebte ein mehr linksradikaler Bewegungsflügel mit einem Flügel aus Leuten zusammen, die schon in den siebziger Jahren die Ablösung der PCI von der UdSSR nicht gebilligt hatten und weiterhin in Brechschew den Vertreter des Arbeiter- und Bauernparadieses sahen. Dieser Flügel spaltete sich Ende 1998 zu einer eigenen Partei ab, den „Comunisti italiani“, um in die neue Regierung D'Alema einzutreten. Dort leben sie einträchtig unter anderem mit Craxis Erben und mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Cossiga zusammen, von dem man sagen kann, 1978 die Entführung und Ermordung Aldo Moros zumindest wohlwollend gesehen zu haben, weil das dazu diente, die Kommunisten aus der Machtsphäre zu verdrängen. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Immerhin haben die „Comunisti italiani“ während des Kosovokrieges sehr mutig jeden Tag ge-

droht, aus der Regierung auszuschneiden, wenn Italien nicht seine Beteiligung an den Bombardements einstellen würde.

Aber auch hier war das Publikum vor gewarnt. Einer der Führer der „Comunisti italiani“, der junge Juraprofessor Oliviero Diliberto, hatte wenige Wochen bevor er in die Regierung D'Alema mit der Funktion eintrat, die einst Togliatti hatte, nämlich als Justizminister²⁶ (und die er seitdem, im Gegensatz zu seinem „bürgerlichen“ Vorgänger, zur vollen Zufriedenheit Berlusconi ausübt), in der Parteizeitschrift *Rifondazione* eine begeisterte Verteidigung seines Meisters geschrieben. Er findet es musterhaft, daß Togliatti seinerzeit verlangte, daß „die Arbeiterklasse die Position der reinen Opposition und Kritik aufgeben, die sie in der Vergangenheit innehatte, um selber, neben den anderen konsequent demokratischen Kräften, eine leitende Funktion einzunehmen“²⁷ und daß die kommunistische Partei und die „Massen“ „die Fahne der Verteidigung der nationalen Interessen ergreifen, die der Faschismus und die Gruppen, die ihn an die Macht gebracht hatten, verraten haben“²⁸. Diliberto findet nicht zufälligerweise Togliattis Forderung sehr aktuell, daß „die Arbeiterklasse und ihre Partei in der Lage sein müssen, sich als bessere, kompetentere und überzeugendere Regierungskraft als die alten Führungsschichten darzustellen“²⁹. Auch sein Spießgeselle, der Althistoriker Luciano Canfora, sieht nicht zu unrecht in Togliatti den großen Demokraten: während in den dreißiger Jahren „die demokratischen Intellektuellen aus dem Faschismus schlußfolgern, daß die parlamentarische Demokratie nunmehr eine abgeschlossene Erfahrung ist, entsteht aus den Reihen der kommunistischen Bewegung das Anliegen, die demokratische Erfahrung neu zu beleben“³⁰. Er lobt deshalb Togliattis Absicht, die „Volksfronterfahrung“ des spanischen Bürgerkriegs – von der

wir bereits erwähnt haben, worin sie bestand – fortzusetzen. Der Demokratieglaube geht natürlich mit dem an den Staat einher: Canfora zitiert zustimmend eine Behauptung Togliattis von 1963, der Staat sei nicht wesentlich bürgerlich, sondern könne gegen die großen Monopolgruppen eingesetzt werden³¹. Wohl bekomme es ihnen.

Die Entwicklung in Italien ist noch im vollen Fluß begriffen, mehr als in anderen Ländern Europas. Aber eins kann man sicher sagen: im Gegensatz zu dem, was sich die tugendhaften linken Demokraten denken, stellen die gegenwärtigen, durch Andreottis Freispruch symbolisierten Tendenzen nicht eine einfache „Restauration“ dar, mit der eine zu bejubelnde Phase des „mehr Demokratie wagen“ nunmehr rückgängig gemacht werde. Und genauso wenig ist ein Stoßseufzer der Erleichterung zu tun, daß die Angriffe der rechten Dunkelmänner auf die Demokratie abgeschlagen worden sind. Das postpolitische System kann sich sehr gut auch in Form einer scheinbaren Wiederherstellung des Status quo ante einrichten. Denn die politische Lage Italiens wird nicht mehr die der „ersten Republik“ sein. Schon deshalb, weil sich, gegen alle Widerstände, ein Zweikoalitionensystem durchgesetzt hat, das niemanden mehr von der Teilnahme an der Macht ausschließt. Je heftiger der Wind bläst, desto mehr müssen alle im Boot in dieselbe Richtung rudern. Das politische System Italiens steht nun besser da als vorher und hat einige seiner Irrationalitäten beseitigt, vor allem den Umstand, daß früher die beiden Parteien der Rechten und Linken (MSI und PCI), die zusammen rund 40% der Wähler repräsentierten, dauerhaft von der Macht ausgeschlossen waren, obwohl sie doch nichts Böses wollten. Nun dürfen alle bei der Notstandsverwaltung mitwirken, einmal zusammen, einmal reihum. Der Politikerkaste ist bedeutet worden, daß

sie sich ruhig bereichern soll, aber nicht allzu übermütig werden darf, und man hat deshalb ein kleines Damoklesschwert über ihren Häuptern aufgehängt. So reformiert, kann das italienische System sogar anderen als Vorbild dienen. Das italienische „Modell“, so dysfunktional und beinahe lächerlich es auch seinen Nachbarn lange vorkam, war schon immer

„postpolitisch“, „postmodern“. Es ist weit geeigneter für die heutigen Zeiten als das nur unter optimalen Bedingungen funktionierende „Modell Deutschland“. Wahrscheinlich wird sich schon bald herausstellen, daß der Übergang zur Postpolitik weniger eine „Europäisierung Italiens“ bedeutet als eine „Italienisierung Europas“³³.

Anmerkungen

1) So nennt man in Italien diejenigen Machtgruppen, die wirklich zählen, jenseits aller demokratischen Fiktionen.

2) Ähnliche Figuren hatten zur gleichen Zeit auch in anderen Ländern – Polen, USA – den Aufstieg zur Macht versucht, aber nur in Italien war die Operation geglückt.

3) Genauer gesagt, weist die offizielle Parteilinie viele Unterschiede mit z. B. der von Le Pens Front national, aber gleichzeitig gelingt es AN, einen lärmenden und rechtsextremen sogenannten „sozialen Flügel“ [sic] innerhalb der Partei zu halten, der wesentlich für die Wahlerfolge in den Peripherien der Großstädte verantwortlich ist. Ansonsten ist rüpelhaft faschistoides und offen rassistisches Gedankengut eher bei Bossis „Lega“ zu finden, die aber, jedenfalls als Partei, stark im Abwind ist.

4) Ab einem gewissen Zeitpunkt berichteten Berlusconi Medien sogar oft als erste und mit großer Aufmachung von neuen Ermittlungen gegen Berlusconi, schienen diese doch zu bestätigen, daß der arme Kerl das Opfer einer perfiden Verschwörung kommunistischer Richter war.

5) Immerhin hatte Guy Debord ihn schon 1993 vorausgesagt.

6) Während das politische System der sogenannten „ersten Republik“ (bis 1992) auf dem dauerhaften Ausschluß der äußersten Rechten (MSI) und der Linken aus der Regierungssphäre beruhte, haben seitdem sämtliche Parteien länger oder kürzer an der einen oder anderen Regierungskoalition teilgenommen. Das System kennt eben, wie der Kaiser Wilhelm, keine Parteien mehr, sondern nur noch Demokraten und Marktsubjekte. Denn gegen den Markt ist nicht einmal die Führung von Rifonda-

zione comunista (obwohl vielleicht manche ihrer Anhänger).

7) Mit ihm ist auch wieder ein echter Berufspolitiker an der Regierung, nachdem seine vier Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, ebenso wie der neue Staatspräsident Ciampi, nicht Berufspolitiker waren, sondern aus Wirtschaft und Finanz kamen. Bezeichnenderweise spricht auch der gegenwärtige Zentralbankchef, Antonio Fazi, bereits wie ein zukünftiger Ministerpräsident, der allerdings sein Lager noch nicht gewählt hat und der dementsprechend von beiden Seiten umworben wird.

8) Palmiro Togliatti, *Opere*, hg. von Luciano Gruppi, Band V, Editori Riuniti, Roma 198, S. 10.

9) *Idem*, S. 15

10) *Idem*, S. 10

11) *Idem*, S. 13

12) *Idem*, S. 32

13) *Idem*, S. 17

14) *Idem*, S. 15

15) *Idem*, S. 16

16) *Idem*, S. 18

17) *Idem*, S. 25

18) *Idem*, S. 20

19) *Idem*, S. 30

20) *Idem*, S. 27

21) *Idem*, S. 27

22) *Idem*, S. 32

23) *Idem*, S. 26

24) *Idem*, S. 29

25) Als er im Präsidentenpalast den Amtseid leistete, antwortete er auf die Frage eines Journalisten, was er dabei verspüre: „Einen großen Respekt vor den Institutionen“ – da wird er wohl der einzige sein. Aber er sagte dabei auch sehr tapfer, er sei nicht aufgeregt, denn er hätte sich das letzte Mal bewegt, als er mit fünf ein Schaukelpferd bekam.

26) Oliviero Diliberto, „Ripensare Togliatti“, in *Rifondazione*, Jahrgang II, Nr. 8, Oktober 1998, S. 66

27) Idem, S. 65

28) Idem, S. 67

29) Luciano Canfora, „La riscoperta della democrazia“, in *Rifondazione* Jahrgang II, Nr. 8, Oktober 1998, S. 69

30) Idem.

31) Ich erlaube mir, auf meine Ausführungen in der Einleitung zu meinem *Schade um Italien – 200 Jahre Selbstkritik*, Eichborn, Frankfurt a. M. 1997 zu verweisen.

Karl-Heinz Wedel

PETER UND DER WOLF

Anmerkungen zu Sloterdijk

Es „... drängt sich die Ansicht auf, unser Leben sei die verworrene Antwort auf Fragen, von denen wir vergessen haben, wo sie gestellt wurden“, so der Schlußsatz von Peter Sloterdijks Rede in Elmau. (Die Zeit, 16.9.99, S.21) Die Art seiner theoretischen Antworten auf derart Existentielles, hat eine lebhaft diskursive in der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit ausgelöst. Kein Wunder, denn im Zu-Ende-Gehen der Postmoderne mit ihrer selbstgenügsamen wie sterilen Beschränkung auf das bergende Haus der Sprache, klopft immer häufiger die Realität dort an, sei es in Gestalt der „Berliner Republik“, der Zumutungen neoliberaler Krisenverwaltung oder etwa des Kosovo-Kriegs. Der mögliche Rückzug und das Verbarrikadieren in diverse Sprachschutzräume ist dabei die Sache nicht eines Groß-Philosophen und Tief-Denkens vom Schlage Peter Sloterdijks. Sondern: heraus aus der zunehmend zugigen diskursiven Behausung und hinein in die ekstatische Heidegger'sche Lichtung des Seins. An diesem verworrenen Ort ist der Mensch nicht mehr mittels Sprache, sondern mittels Anthropotechniken zum Hüter des kapitalistischen Seins und zum Zuchtmeister des Tiers in ihm selbst bestellt. In der Post-Postmoderne ist die Konfrontation mit der Bestialität des modernen Subjekts, deren Zähmung und Zügelung, angesagt: Statt Signifikat und Signifikant: Anthropotechniken

und Selektion, statt postmoderner Medientheorie: Biopolitik und Sozialdarwinismus, statt sprachlicher De-Konstruktion: genetische Konstruktion. Die soziobiologischen Antworten über die genetische „Menschenverbesserung“ wuchern tatsächlich aber nur auf einem Boden, der einerseits von jeglichem historischen Verständnis gesellschaftlicher Beziehungen gesäubert ist, und auf dem sich andererseits eine fundamentale Verunsicherung über das menschliche Zusammenleben breitmacht. Denn wo der kapitalistische Boden nicht mehr trägt und die warengesellschaftliche Welt aus den Fugen gerät, droht das Leben seine Selbstverständlichkeit und Ordnung zu verlieren und die Ware-Geld-Subjekte sehen sich in ihrer Existenz gefährdet. In diesen Horizont der sozial-ökonomischen Krise der modernen bürgerlichen Gesellschaft sind denn auch die „Regeln für den Menschenpark“ einzuordnen.

Daß sie jenen Hintergrund der sich auflösenden kapitalistischen Normalität nicht wahrhaben will, läßt die bürgerliche Kritik an Sloterdijks Zuchtvorstellungen so zahn- und begriffslos werden. Freute sich unlängst die liberal-humanistische Öffentlichkeit noch über die Rückkehr der „Realität“ und über das Ende der Postmoderne, und meinte, die sozialen Probleme wieder den normativen Mechanismen und Regulationen der gesitteten

„Zivilgesellschaft“ überantworten zu können (Assheuer, Habermas), so herrscht über den biologistischen Abgang nun helle Aufregung. Den Inhalt dessen, was da zurückkehrt, haben sich die Anhänger von Demokratie und Marktwirtschaft sicherlich anders vorgestellt, doch genau er bildet die Folie, auf der Sloterdijk seine düsteren Phantasien malt. Die dunkle Seite der Konkurrenzsubjekte, deren Rivalität nicht mehr durch das herkömmliche System von Zurichtung und Zählung in eine Synthese von Markthandlungen überführt werden kann, war und ist für die liberalen Ethik-Hirten des kapitalistischen Seins notwendig ein tabuisierterter, blinder Fleck. Sloterdijks zweifelhaftes Verdienst besteht gerade darin, die konstitutive Gefährlichkeit und die immanente Bestialität der modernen warenförmigen Konkurrenz-Subjektivität in aller Offenheit formuliert zu haben – allerdings zielsicher sozio-biologisch verdreht. Es ist nicht nur das nationalsozialistische Vokabular, das die Apostel moralischer Normativität in Aufregung versetzt hat, sondern vor allem auch diese Tabuverletzung. Soll man es in diesem Zusammenhang nur einer gewissen Naivität zurechnen, wenn z.B. ein Ernst Tugendhat eingesteht, „dass ich nicht verstanden habe, worum es dem Autor überhaupt geht“ (Die Zeit ?, S. 32)? Oder drückt sich hier nicht gerade die himmelgewandte Ignoranz der ethischen Sollensillusionäre aus, die die kapitalistische Entwicklung von Beginn an nicht nur mit theoretischer Legitimation, sondern immer auch mit frommen Sprüchen versorgte? Schon bei Kant blieben die Höhen der praktischen Vernunft als Sphäre des transzendentalen Subjekts immer unvermittelt mit dem je empirischen Handeln und den Niederungen der Alltagspraxis bürgerlicher Subjekte.

Daß Sloterdijk nun nicht ursprünglich von Moral ausgehe, sondern Züchtung und Zählung diese sogar erst bestimme, kann frei-

lich in solchen Kreisen nur kopfschüttelndes Unverständnis erzeugen. Darin kommt nichts anderes zum Ausdruck, als der inständige Glaube an die eigenen Illusionen: „Es scheint mir klar, dass das (die Züchtung; KW) nicht nur, wie Nietzsches Konzept, ablehnungswürdig ist, sondern gar keinen Sinn ergibt“ (ebd.). Das Träumen dieser Art von Vernunft, brachte schon immer Ungeheuer hervor.

Doch in der Tat wünscht man sich fast in den zivilgesellschaftlichen Regen zurück, angesichts der Jauche des Sloterdijk'schen Menschenparks. Die zunehmende Verwilderung und die bestialischen Tendenzen des kapitalistischen Krisen-Alltags reflektieren sich eben leider auch in der Ideologieproduktion. Das falsche Sein verstimmt immer noch das Bewußtsein. Die Auflösung der warenförmigen Normalität, das Leben als „Risiko“, kann deshalb auch die Theorie nicht unberührt lassen. In gefährlichen Zeiten kann und darf eben auch wieder gefährlich gedacht werden. Der Auszug aus der postmodernen Herberge der Sprache und der Einzug in das Zuchthaus der genetischen Zählung ist aber durchaus aufschlußreich, da selbstverständlich einiges Mobilier diesen Umzug unbeschadet überstanden hat und dort noch brauchbar erscheint. Wie gestaltet sich also dieser Paradigmenwechsel postmoderner Theorie?

Das markante und zugleich zentrale Moment des Postmodernismus stellt die Auffassung dar, Gesellschaft ließe sich im wesentlichen auf die sprachliche oder symbolische Vermittlung der Individuen reduzieren. Die Struktur moderner Gesellschaften, ja Gesellschaftlichkeit überhaupt, gründe nur auf dem diskursiven Band zwischen den Einzelnen. In dieser Auffassung, die in den 80er Jahren zum Mainstream von Gesellschaftstheorie wurde, drückt sich ein spezifisches Durchgangsstadium warenförmiger Selbstreflexion aus. Indem das autonome und selbstherrliche Subjekt,

welches die Dinge aus sich heraus konstituiert und wirkmächtig in die Welt hineinregiert, ins diskursiv-selbstbeschränkte Subjekt der Sprache transformiert wird, erweist sich die Postmoderne als Ausläufer einer kapitalistischen Phase, in der die immanenten Systemwidersprüche weitgehend sistiert waren oder jedenfalls innerhalb des Regelwerks von Markt und Staat als lösbar erschienen. Die wissenschaftliche ebenso wie die Alltags-Vernunft transponierte das für sie undurchschaubare System selbstläufiger, verdinglichter gesellschaftlicher Beziehungen in ein geschlossenes System von selbstreferentiellen Zeichen.

Auch für Sloterdijk bildet diese Reduktion von gesellschaftlicher Vermittlung auf das vermeintlich freie Spiel von Signifikat und Signifikant den Ausgangspunkt seiner sozial-darwinistischen Auslassungen. „Was sind die neuzeitlichen Nationen anderes als die wirkungsvollen Fiktionen von lesenden Öffentlichkeiten, die durch dieselben Schriften zu einem gleichgestimmten Bund von Freunden würden?“ (S.18) Doch der „gefährliche Philosoph“ bleibt nicht beim dünnen Sprach-Positivismus des Poststrukturalismus stehen. Denn die Großwetterlage hat sich schließlich geändert, der kurze Sommer der sprachlichen Dekonstruktion ist vorbei: Die Rückkehr der Realität in Form weltweiter Krisenherde wirkt auch auf das sprachliche Zuhause der postmodernen Subjekte und ihrer Theoretiker. Sloterdijk konstatiert deshalb auch konsequenterweise das Ende des sprachlichen Bandes: „Moderne Großgesellschaften können ihre politische und kulturelle Synthesis nur noch marginal über literarische, briefliche, humanistische Medien produzieren.“ Allerdings können sich für eine solcherart verfängene Vernunft die Ursachen des Verfalls nur aus der kommunikationstheoretischen Immanenz des technischen Fortschritts ergeben: „Durch die mediale Etablierung der Massenkultur der

Ersten Welt 1918 (Rundfunk) und nach 1945 (Fernsehen) und mehr noch durch die aktuellen Vernetzungsrevolutionen ist die Koexistenz der Menschen in den aktuellen Gesellschaften auf neue Grundlagen gestellt worden“ (S.18).

Für Theoretiker, deren Verständnis von gesellschaftlicher Vermittlung sich auf semiotische Prozesse reduziert, stellt sich natürlich nun die Frage nach der Basis sozialen Zusammenlebens. Für Sloterdijk ist die Sache eindeutig. Wenn sich Gesellschaftlichkeit allein durch das Medium der Sprache herstellt und für die Reflexion über Gesellschaft nur die kommunikative Praxis von Relevanz ist, dann können nichtsprachliche Einflüsse und Einbrüche nur aus der Biologie des Menschen kommen. Aufgrund seiner Eindimensionalität muß der Sprachpositivismus also notwendig Anleihen beim Sozialdarwinismus machen, also kapitalistische Verhältnisse in die Tier- und Pflanzenwelt projizieren, um das offensichtlich diskurstheoretisch Unerklärliche „erklären“ zu können. Zunehmende Brutalisierung und Verwilderung werden nicht als Ausdruck und Konsequenz der kapitalistischen Vergesellschaftung in ihrem entfesselten Verfalls- und Krisenprozeß interpretiert, sondern gelten (nicht gerade originell) als Ausfluß von bösem tierischen Erbe. Die zweite Natur wargesellschaftlicher Entfremdung wird zur ersten Natur umgebogen. Diese Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse hat in der bürgerlichen Theoriegeschichte bekanntlich eine lange und unheilvolle Tradition. Ironischerweise gründet insofern auch Sloterdijk seine „Denkschule“ (Die Zeit) auf das Menschenbild der Aufklärung, des Liberalismus und des abstrakten Humanismus, auch wenn er vorgibt, letzteren zu kritisieren. Die warenförmige, monadische Subjekthaftigkeit definiert er mal wieder zur ontologischen Wolfsnatur des Menschen um und der marktwirt-

schaftliche Konkurrenzkampf gerät ihm zum ewigen Krieg aller gegen alle. „Zum Credo des Humanismus gehört die Überzeugung, daß Menschen „Tiere unter Einfluß“ sind und daß es deswegen unerläßlich sei, ihnen die richtige Art von Beeinflussung zukommen zu lassen. Das Etikett Humanismus erinnert – in falscher Harmlosigkeit an die fortwährende Schlacht um den Menschen, die sich als Ringen zwischen bestialisierenden und zähmenden Tendenzen vollzieht.“ (S.19)

Was Sloterdijk stolz als „gefährliches Denken“ bezeichnet, ist also nichts anderes als „Reflexion“ über Gesellschaft auf dem, in der Tat gefährlichen, Niveau des gesunden Menschenverstandes am Stammtisch oder im Chat-Corner: Der Mensch an sich ist eben ein Schwein. Theoretisch ist es zweifellos Hobbes, der hier bei der post-postmodernen Reformulierung des Konkurrenzsubjekts Pate steht: „Das Zusammenleben ist den Menschen also kein Vergnügen, sondern schafft ihnen im Gegenteil viel Kummer, solange es keine übergeordnete Macht gibt, die sie alle im Zaum hält [...] Und hieraus folgt, daß Krieg herrscht, solange die Menschen miteinander leben ohne eine oberste Gewalt, die in der Lage ist, die Ordnung zu bewahren. Und es ist ein Krieg, den jeder einzelne gegen jeden führt“ (Hobbes 1651/1984, S. 95). Doch Hobbes konnte noch im Aufstieg von Markt und Staat die Notwendigkeit des staatlichen Groß-Ungeheuers, des Leviathans, gegen die vielen kleinen Konkurrenz-Ungeheuer einklagen. Die derzeitige Situation der bürgerlichen Gesellschaft ist aber durch eine zunehmende Schwäche des staatlichen Pols gekennzeichnet. Die verschärfte Marktkonkurrenz läßt sich auf Dauer nicht mehr in staatlich geordnete Bahnen lenken, denn sie verweist ebenso wie die Schwindsucht der Staatsmacht darauf, daß das warenaesellschaftliche System in toto an seine absoluten historischen Grenzen stößt.

Allerdings stellt sich angesichts dieser Entwicklung auf seiten der ideologischen und praktischen Krisenverwalter die Frage nach der zähmenden Kontrolle über die kleinen Ungeheuer mit einer neuen Brisanz – gerade wenn von der Prämisse einer historischen Endgültigkeit des totalen Marktes ausgegangen wird, zugleich aber schon als Hintergrundrauschen der Bürgerkrieg der Weltmarktverlierer in den diversen Plünderungsökonomien vernehmbar ist. Was tun also, wenn kein Leviathan mehr hilft? „Was zähmt noch den Menschen, wenn der Humanismus als Schule der Menschenzähmung scheitert?“ (S.20) Da die Bestialität der modernen Individuen nur aus dem biologischen Erbe der Menschen hervorkriechen kann, liegt die Lösung schon auf der Hand. „Es genügt, sich klarzumachen, daß die nächsten langen Zeitspannen für die Menschheit Perioden der gattungspolitischen Entscheidung sein werden. In ihnen wird sich zeigen, ob es der Menschheit oder ihren kulturellen Hauptfraktionen gelingt, zumindest wirkungsvolle Verfahren der Selbstzähmung auf den Weg zu bringen. Auch in der Gegenwartskultur vollzieht sich der Titanenkampf zwischen den zähmenden und den bestialisierenden Impulsen und ihren jeweiligen Medien. Schon größere Zähmungserfolge wären Überraschungen angesichts eines Zivilisationsprozesses, in dem eine beispiellose Enthemmungswelle anscheinend unaufhaltsam rollt. Ob aber die langfristige Entwicklung auch zu einer genetischen Reform der Gattungseigenschaften führen wird – ob eine künftige Anthropotechnologie bis zu einer expliziten Merkmalsplanung vordringt; ob die Menschheit gattungsweltweit eine Umstellung vom Geburtenfatalismus zur optionalen Geburt und zur pränatalen Selektion wird vollziehen können – dies sind Fragen, in denen sich, wie auch immer verschwommen und nicht geheu-

er, der evolutionäre Horizont vor uns zu lichten beginnt“ (S.21).

Keht hier zum Ende der Modernisierungsgeschichte der alte Liberalismus eines Hobbes mit genetischer Munitionierung zurück? Die Anamnese der Moderne und die bewußtlos wahrgenommenen Implikationen der in der Warenform angelegten zentrifugalen, destruktiven Kräfte führt Sloterdijks biologistisches Konzept vor die drängende Notwendigkeit des großen Ungeheuers mit genetischer Klaue. Aber der postmoderne Gestaltungs-Professor singt eben nicht das Hohe Lied der schönen staatlichen Kontrolle. Denn angesichts der Krise von Markt und Staat kann und wird der klassische Leviathan nicht der Hyper-Agent pränataler Selektion und „gattungspolitischer“ Entscheidungen sein. Im übrigen ist diese verhängnisvolle Entwicklung schon längst im Gange und zwar nach einer staatlich unvermittelten Logik sozial-biologischer Apartheid, in der die Einzelnen den unbewußt vorausgesetzten Anforderungen der Warenlogik mit einer nahezu gespenstischen Zielsicherheit folgen. Einerseits wird in diesem sich schon vollziehenden Programm eine genetische pränatale Selektion „kranken“ oder „behinderten“ Lebens vorgenommen: „Diese Form der Auslese (ist) hierzulande mit über 80.000 Amniozentesen im Jahr längst Routine...“ (Alexander Bogner, konkret 11/99, S.61). Die Selektion von, im Sinne der Verausgabung von Arbeitskraft, „unwertem“ Leben impliziert gleichzeitig die Maxime der Überlebenden, sich bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit diesem Imperativ zu überantworten. Es muß pränatal vorgebeugt oder notfalls postnatal nachgesorgt werden. Denn für das kapitalistisch unnütze Menschenmaterial gibt es schließlich noch als letzte Chance den Selbstmord, um der sich erst später entwickelnden Wertlosigkeit final zu entgehen. In Deutschland, und v.a. in den

neuen Bundesländern stellt der Suizid mittlerweile schon die zweithäufigste Todesursache bei Kindern und Jugendlichen dar!

In Sloterdijks verworrenen Antworten geht es also nicht um die Installation einer genetisch abgesicherten Republik von Königsweisen nach Platons Vorbild, sondern vielmehr um die Verlängerung und theoretische Absicherung warenförmiger Praxis unter den verschärften Verwertungsbedingungen der krisenkapitalistischen Globalisierung, wo ein zunehmender Teil des Menschenmaterials nicht mehr gebraucht wird. Das bedeutet aber gerade nicht die Re-Inthronisierung von Staatlichkeit, sondern die weitere und unmittelbare Durchsetzung und Geltendmachung der Warenlogik auf der Ebene der einzelnen Individuen. Was Haider als „Vermenschlichung des Staates“ verharmlost und protegirt, ist die unbewußte wie unmittelbare Ausrichtung individueller Praxis nach den Systemimperativen der Warenform und ihren sozial-darwinistischen Implikationen der unbedingten Leistungsfähigkeit (siehe dazu auch den Artikel von G. Scheit in dieser Ausgabe der *Krisis*). Was Sloterdijk als hyper-moralischen genetischen Diskurs erst anzustreben scheint, kann als Vollzug von unbewußter „Merkmalsplanung“ und „genetischer Reform der Gattungseigenschaften“ durch die individualisierten Waren-Subjekte schon z.T. vermeldet werden.

Doch die individualisierte Exekution der Systemlogik ohne staatliche Zwangsmaßnahmen bildet nur den „negativen“ Pol des soziobiologischen Programms; neben den Wegselektierten verbleiben schließlich diejenigen, die selektieren oder züchten sollen – selbstverständlich im Namen der „Humanitas“. Diese nämlich „impliziert auch immer – und mit wachsender Explizitheit –, daß der Mensch für den Mensch die höhere Gewalt darstellt“ (S.21). Im Gegensatz zu den schließlich offen

ausgesprochenen sozialdarwinistischen Konsequenzen der Sloterdijkschen Regeln für den Menschenpark, sind seine Quellen eher undurchsichtig und verschwommen. Denn schon die Bestandsaufnahme der Zähmung des Menschen durch die Humanisten führt Sloterdijk in die dämmrig-mystische Verklärtheit der „Lichtung des Seins“, wo nicht nur der Mensch mittels „Lektion“ abgerichtet wird, sondern auch durch „Selektion“ sich eine Zucht ohne Züchter vollzieht. Bei Nietzsche stand die subjektlose „Kleinzüchtung“ noch für die Zurichtung und Verhausschweigung des Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft. Sloterdijk löst nun diesen Bezug auf (der immerhin noch Momente von Kritik an der kapitalistischen Moderne enthält) und löst den Prozeß der Domestikation des Menschen in die unspezifische Allgemeinheit des menschlichen Seßhaftwerdens auf. „Denn sobald die sprechenden Menschen in größeren Gruppen zusammenleben und sich nicht nur an Sprachhäuser, sondern auch an gebaute Häuser binden, geraten sie ins Kraftfeld der seßhaften Seinsweisen. Sie lassen sich nunmehr nicht mehr nur von ihren Sprachen bergen, sondern auch von ihren Behausungen zähmen“ (S. 20).

Die existentielle Bedrohung im Kampf der isolierten bürgerlichen Konkurrenzsubjekte wird bei Sloterdijk also zum dunklen Komplex menschlicher Ur-Ängste und ihrer Verlaufsformen von Bergungen und Bindungen in der unübersehbare Geschichte der Zivilisationen: Eine allgemein-menschliche Entwicklung als Verschränkung von Sprach- und Zuchthäusern in der „Lichtung des Seins“. Dieser Bezugspunkt des existentialistischen Geworfen-Seins impliziert dabei nicht nur die zu zähmende Bestialität, sondern auch das Bedürfnis nach Bindung und Schutz. „Man könnte so weit gehen, den Menschen zu bezeichnen als das Wesen, das in seinem Tiersein

und Tierbleiben gescheitert ist. Durch sein Scheitern als Tier stürzt das unbestimmte Wesen aus der Umwelt und erwirbt so die Welt im ontologischen Sinn [...] Wenn der Mensch in der Welt ist, dann, weil er einer Bewegung gehört, die ihn zur Welt bringt und ihn der Welt aussetzt“ (S.20). Diese unterstellte Hilfslosigkeit fordere geradezu eine wohlige Zufluchtsstätte der Sicherheit und Aufgehobenheit. Die notwendige „Immunisierung“ des Menschen gegen seine existentielle Bedrohung als „frühgeburtliches Wesen“ vollzieht sich dabei einerseits durch die „Sprache als Haus des Seins“ (Heidegger) und andererseits durch die Sicherheit der Behausung, in der mittels Sprache schon immer gezähmt aber auch selektiert und gezüchtet wurde. Eine zusätzliche Form des Immunschutzes gegen die ewigen Gefahren menschlichen Seins, nämlich den Nationalstaat, führt Sloterdijk an anderer Stelle ein und stellt damit selbst einen Bezug zur globalisierten kapitalistischen Gesellschaft her: „Es war ... die Kulturleistung des modernen Nationalstaates gewesen, für die Mehrheit seiner Bewohner eine Art von Häuslichkeit, jene zugleich imaginäre wie reale Immunstruktur, bereitzustellen, die als Konvergenz von Ort und Selbst oder als regionale Identität ... erlebt werden könnte“ (Spiegel spezial 6/99, S.26).

Mit der Auflösung des Nationalstaatesgefüges durch die Globalisierung zerbricht aber die schutzbietende Immun-Matrix von Nation und Volk. Doch anstatt das kapitalistische Hineingehaltenwerden ins Sein ebenso wie die zerbrechenden nationalstaatlichen Schutzfunktionen für dieses Sein, als Ausdruck der Fundamentalkrise des warenförmigen Systems zu erkennen, greift Sloterdijk die sich zuspitzenden Widersprüche auf, um sie, ganz im Sinne des herrschenden Zeitgeistes, einer mit mystifizierender Aura versehenen sozialdarwinistischen Lösung zuzuführen. Dies

macht einen guten Teil des Geheimnisses seines Medienerfolgs aus. Denn die Saiten, die er zum Schwingen angeregt hat, sind von den Verhältnissen erst in Spannung gebracht worden. Auf seine Art thematisiert Sloterdijk die Problemlage des bisher gezähmten und befriedeten, nunmehr aber gefährdeten Zusammenlebens der vereinzelt Einzelnen. Allerdings sucht er nicht, wie die anachronistischen Ethikprediger, die wegschwimmenden Felle zu bergen und die Zivilgesellschaft zu retten. Mit diesem konservativen Ansatz ist nämlich in Zeiten neoliberaler öffentlicher Hegemonie kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Einen Fukuyama kann der Design-Philosoph nur mitleidig belächeln, wenn der jetzt angesichts der gentechnischen Möglichkeit, das Wesen des Menschen zu ändern, nicht mehr emphatisch, sondern mit sentimentaler Wehmut das Ende der Geschichte bevorstehen sieht (s. SZ, 7./8.8.1999). Beide setzen freilich den Prozess der technischen Entwicklung als Quasi-Naturgewalt voraus.

Während jedoch Fukuyama im dahinrausenden Zug des selbstläufigen kapitalistischen „Fortschritts“, wegen seiner blinden Bezogenheit auf diesen, nur über die gefährliche gentechnische Fracht jammern kann, spielt Sloterdijk derweil den Heizer. Zielsicher bastelt er aus den Friktionen und Unsicherheiten der warenförmigen Entwicklung eine Theorie zusammen, um die ins warenförmige Sein hineingeworfenen Subjekte als Hüter dieses Seins und als Hyper-Subjekte oder Herrenmenschen zu situieren. Der blinde Prozess der Kapitalakkumulation hat als notwendigen Schein schon immer die Illusion des frei Zwecke setzenden Subjekts erzeugt. Vom Subjekt der symbolischen Konstruktion und Dekonstruktion der Postmoderne ausgehend, dem seine Gestalt und Beschränkung auf die sprachliche Ebene etwas ebenso Lächerliches wie Harmloses verlieh, wechselt Sloterdijk nun zur phan-

tasierten Allmacht des biologischen Konstrukteurs. „Es ist die Signatur des technischen Zeitalters, daß Menschen mehr und mehr auf die aktive oder subjektive Seite der Selektion geraten ...“ (S.20).

Mag Sloterdijk seine großgezüchteten Ideen vom Menschenpark auch, wie es sich für einen „in tiefes Wasser“ geratenen Großdenker geziemt, in ein scheinbar zeitloses und „riesenhaftes Gelände“ gestellt haben, der Erfolg, den er damit einfuhr, ist nur als zeitgeistiger zu begreifen. Die banale wie bestialische Quintessenz dieses postmodernen Bewußtseins ist nämlich die bedingungslose Unterwerfung unter die Zwangslage des automatischen Subjekts. Die empirischen Subjekte mögen ruhig vor die Hunde gehen oder sich nach Sloterdijkscher Manier in solche verwandeln. Was allein zählt, ist das gnadenlose Weiter-So des kapitalistischen Selbstzwecks. Alles was die Zukunft als Verlängerung der unheilvollen Gegenwart bedroht: weg damit! Hierin ist sich der post-postmoderne Vordenker mit der neoliberalen Öffentlichkeit einig und deshalb wurde er auch von dieser Seite sogar zur „Denkschule“ geadelt. Denn nichts ist den Maschinisten der warenförmigen Megamaschine wichtiger als deren ewiges Weiterlaufen – und sei es nur als Fiktion. Die sozial-ökonomischen Pragmatiker bescheiden sich derweil noch mit der Beschwörung des für sich selbst verantwortlichen und für sich selbst sorgenden Individuums, das nur die Anspüche stellt, welche der Systemzwang noch erlaubt. Gefährliche Großdenker und Großzüchter benötigen dagegen schon eine veritable Existentialphilosophie des Zuchthauses, um der Enthemmten Herr zu werden. „Die königliche Anthropotechnik verlangt nämlich von dem Staatsmann, daß er die für das Gemeinwesen günstigsten Eigenschaften freiwillig lenkbarer Menschen auf die wirkungsvollste Weise ineinanderzuflechten versteht, so daß unter

seiner Hand der Menschenpark zur optimalen Homoöstase gelangt“ (S.21).

Es dürfte nicht schwer sein, diejenigen zu identifizieren, die die aktive Seite der Selektion besetzen wollen und diejenigen, die selektiert werden sollen. Diese Reformulierung des angeblich handlungsmächtigen Subjekts, das sich nun sogar zum Herrn über die genetische Schöpfung halluziniert, entspricht einer verbissen-suggestiven neoliberalen bzw. neo-sozialdemokratischen Machbarkeits- und Aufbruchsstimmung, die der Design-Akademiker medial bedient. Den globalisierten postmodernen Gewinnerindividuen bietet sich laut Sloterdijk gegenwärtig noch die Chance jenseits nationalstaatlicher Beschränkungen die „Orientierung am Glück des einzelnen“ (Spiegel special 6/99, S.29) zu verwirklichen. „Die psychopolitische Herausforderung des Globalen Zeitalters besteht darin, die Schwächung der traditionellen ethnischen Container-Immunitäten nicht nur als Formverlust und Dekadenz (das heißt als ambivalente oder zynische Beihilfe zur Selbstzerstörung) zu verarbeiten. Was für die Postmodernen wirklich auf dem Spiel steht, sind erfolgreiche Designs von lebbareren Immunverhältnissen ...“ (ebd.). Grundvoraussetzung hierfür ist aber, daß die gewalttätigen Enthemmungswellen des großen Rests der Verlierer kontrollierbar bleiben. Warum also nicht die bisher unbewußte Grundlage der Menschheitsentwicklung, die ja immer eine Verquickung von Zähmung und Züchtung gewesen sein soll, warum nicht „das Spiel aktiv aufgreifen“?

So wie Sloterdijk die Wahrheit über die bestialische Verfaßtheit moderner Konkurrenzsubjekte mit sozialdarwinistischer Zunge ausspricht, gelingt es ihm auch, die weitere mögliche Verlaufsform der Waren-Individualität zugespitzt zu antizipieren. Ausgehend von der biologistischen Interpretation des existentialistischen Hineingeworfenseins in das

Leben ergibt sich ein überhistorisches Immunisierungsbedürfnis der Einzelnen, ja dies scheint gerade das Residuum postmoderner Existenz zu sein. Die wachsende Abstinenz politischen Engagements verrät nach Sloterdijk „eine Situation, in der die Mehrheit der einzelnen sich von den Schicksalen ihrer politischen Kommune desolidarisieren zu können glaubt – und zwar unter dem Eindruck der gutbegründeten (!) Vorstellung, daß der einzelne sein immunologisches Optimum von jetzt an nicht mehr ... in seinem nationalen Kollektiv, vielleicht noch partiell in den Solidarsystemen seiner ‘Minderheit’ oder seiner community, am klarsten jedoch in privaten Versicherungsarrangements findet, seien diese religiöser, diätetischer, gymnastischer, assekuranztechnischer Natur“ (ebd.). Wenn also die staatsbürgerliche Identität und die nationalstaatliche Verfaßtheit das Immunisierungsbedürfnis der globalisierten post-postmodernen Individuen nicht mehr ausreichend befriedigen kann, dann sind Absicherungen jenseits davon zu finden: seien es, auf kürzere Zeitspannen bezogen, plurale „Versicherungsarrangements“ oder „Designs von lebbareren Immunverhältnissen“ oder eben, langfristig gesehen, auch Menschenproduktion mittels Anthropotechniken.

Letzteres dürfte zwar, wie schon angedeutet, gentechnologisch kaum tatsächlich realisierbar sein, aber es drückt sich darin eine ideologische Verarbeitungsform der verschärften Gewinner-Verlierer-Dualität aus und es handelt sich auch um einen Referenzpunkt selektionspolitischer Praxis im Zuge der Krisenverwaltung. Was die Arrangements und Designs angeht, so liegt allerdings ihr Wirklichkeitsbezug auf der Hand. Denn das postmoderne Vereinzelungsindividuum, das jeder sozialen Bindung beraubt und nur auf sich selbst bezogene Waren-Ich, ist in der Tat einer ständigen und zunehmenden Bedrohung ausgesetzt. In einer Zuspitzung des sozial-öko-

nomischen Krisenprozesses werden die „Immunreaktionen“ dieser vereinzelt Einzelnen allerdings keinesfalls domestizierte Formen annehmen. Sloterdijk spricht unbeabsichtigt eine schon vielfach zu konstatierende Realität post-postmoderner Individualität an. Nicht wenige der vereinzelt Einzelnen finden in Form des Bandenwesens neue „private Versicherungsarrangements“, „lebbare Immunverhältnisse“ und ein „immunologisches Optimum“. Keine marodierende Bande könnte

besser ihr Selbstverständnis ausdrücken als dies Sloterdijk gelingt: „In einer solchen Welt wird die alte Emigrantenweisheit: ubi bene ibi patria (wo es mir gutgeht, da ist mein Vaterland; KW), für alle verbindlich. Denn die Heimat als Ort des guten Lebens läßt sich immer weniger einfach dort vorfinden, wo man durch den Zufall der Geburt schon ist. Sie muß, wo immer man sei, durch Lebenskünste und kluge Allianzen fortwährend neu erfunden werden“ (Spiegel special 6/99, S.29).

Literatur:

Alexander Bogner: Sloterdijk meets Singer, in konkret 11/99

Francis Fukuyama: Der programmierte Unmensch, in SZ am Wochenende 7./8.8.1999

Thomas Hobbes: Leviathan, Frankfurt/M. 1984 [Original: 1651]

Peter Sloterdijk: Regeln für den Menschenpark, in Die Zeit 16.9.1999

ders.: Der gesprengte Behälter. Notiz über die Krise des Heimatbegriffs in der globalisierten Welt, in Spiegel special 6/99

Ernst Tugendhat: Es gibt keine Gene für die Moral, in Die Zeit 23.9.1999

Franz Schandl

THAT'S IT? – FORGET IT!

Zur Perspektive der Sozialdemokratie

Alle Jahre wieder sind solche Bücher fällig, wie der von den SPÖ-Nationalratsabgeordneten Heinz Fischer und Josef Cap herausgegebene Band „Rote Markierungen“, der eine Menge von Beiträgen sozialdemokratischer Prominenz aus Politik, Wissenschaft und Kultur versammelt. Das ist man der Simulation von Theorie ganz einfach schuldig. Die Lektüre freilich gleicht einer Qual. Von den Banalitäten des Detlev Albers bis zu den Plattheiten eines Werner Schneyder muß man sich da gar vieles gefallen lassen. Kabarettisten, Jungfunktionärinnen, Altgewerkschafter singen unbeeindruckt das Lied der Arbeit. „Die Arbeit ist uns bisher nicht ausgegangen, die Zahl der Beschäftigten steigt, neue Beschäftigungsformen boomen. Arbeit bleibt damit für viele Mittelpunkt des Lebens“ (S.57), meint eine vorletzte. „Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeit, der existenzsichernden Erwerbsarbeit für alle Arbeitswilligen, der Vollbeschäftigung“ (S.357), deklamiert ein letzter. Und auch Caspar Einem, der Hoffnungsträger der SP-Linken, bringt nicht mehr zusammen, als seine Postulate und Absichten mit einer Überdosis Moral und Anstand auszustatten.

Analytisch wie sprachlich ist dieser Sammelband, gemessen etwa an altem sozialdemokratischen Schriftgut (von so unterschiedlichen Typen wie Karl Renner, Otto Bauer oder

Max Adler), Abfall sondergleichen. Was die allermeisten Artikel illustrieren, ist das intellektuelle Niveau, auf dem sich die Sozialdemokratie bewegt. Dies läßt zweifellos zu wünschen übrig, fällt jedoch nicht weiter auf, da im Zeitalter der Regression der Rezeption der Gedanke vom Sager, der Satz von der Phrase kaum noch unterschieden werden kann.

Es bleibt dem Ex-Bundesgeschäftsführer Josef Cap in seiner naiven, aber ebenso dreisten Art und Weise einmal mehr vorbehalten, das affirmative Einmaleins der Politik durch rücksichtslose Beschreibung zu enthüllen. In dem von ihm entsprechend titulierten „Politgeschäft“ (S.47) geht es so zu: „Was macht einen modernen Politiker aus?“, fragt er und antwortet sogleich: „Daß er seine politischen Ziele erreicht und Erfolg hat! Nur, woran läßt sich dieser Erfolg messen? In der Demokratie am Wahlerfolg! Wie kommt nun ein Politiker zu Wahlerfolgen, die ihn zu einem modernen Politiker machen, und – je nach Größe des Wahlerfolges – zu einem sehr modernen beziehungsweise besonders modernen? Durch moderne Politik, sehr moderne bzw. besonders moderne!“ (S.47). Und eine Seite weiter: „Kaum etwas läßt einen Politiker in der Politik unwiderstehlicher und moderner erscheinen, als wenn er mit dem Gefühl richtig liegt, also Erfolg hat. (...) Denn nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“ (S.48).

So steht das grammatikalische Kauderwelsch tatsächlich geschrieben, auch die deplazierten Rufzeichen dokumentieren, welch Geschäft der windige Josef hier betreibt. Bezeichnend, daß das Ziel sofort verschwindet, und nur noch der Erfolg übrigbleibt. Dieser bemißt sich an den ausgezählten Stimmen, an der Kopfquote der Wähler zu einem bestimmten Datum. Kurzum: Erfolg hat der Politiker, der modern ist und modern ist der Politiker, der Erfolg hat. Dazu muß einer das richtige G'spür haben. Der unwiderstehliche Zirkelschluß postuliert die Anmache als strategisches Prinzip. Das eigentliche Programm ist Agitation und Taktik, ihre Instrumente sind jene des Marketing. Josef Cap ist zweifellos moderner, als das Denken erlaubt.

Caps Artikel ist aber deswegen so interessant, weil hier einer offen für den Verfall, für die modernde Moderne Partei ergreift, ja den Abschied von der Ratio noch abfeiert: „Ein Politiker muß neben der Fortune auch Instinkt, Gespür und Gefühl haben. Das heißt, daß sich ein Politiker nicht nur auf seinen Verstand verlassen darf“ (S.47). Was auch nicht schwer ist, wenn dieser klein ist. Cap ist ein Musterbeispiel der Infantilisierung und Idiotifizierung der Politik sozialdemokratischer Coleur. Caps Aufruf auf den Punkt gebracht lautet: Laßt uns endlich dumm sein! Wobei Dummheit eine gewisse Verschlagenheit und Gerissenheit nicht nur nicht ausschließt, sondern diese gerade ihre hervorragendsten Kennzeichen sind.

Dieses dumpfe Plädoyer für die sinnliche Gewißheit, den gemeinen Menschenverstand, das gesunde Volksempfinden ist schon super. Die „Luftthoheit über den Stammtischen“, wie sie der Wiener Bürgermeister Michael Häupl einfordert, ist hergestell, weil man dortselbst unter die Bank gekrochen ist. So einfach geht das. Daß Cap dann als des britischen Premiers „Meisterstück“ (S.49) ausgerechnet anführt,

daß Blair nach Dianas Tod die Monarchie gerettet hat, paßt hier schon dazu. Nun, vielleicht rettet „unser“ Klima auch noch „unser“ skandalgeschüttelte Katholische Kirche in „unserem“ Österreich. Schließlich hat er sich mediengerecht beim Papst als österreichischer Katholik geoutet.

Was Cap schreibt, ist zusammengelesener Stuß. Er ist ein Flaneur, der halt so seine Zitate zusammenstiehlt. Kaum hat er etwas aufgeschnappt, da wird es auch schon nachgecapt. Marketinggerecht, versteht sich. Denn Josef Cap ist eine intellektuelle Kapazität, und keine hohle Nuß, wie wir uns niemals zu schreiben getrauten.

Wäre der eine gern ein Medien- und Werbefritze, so ist der andere einer: Andreas Rudas, der vom ORF-Generalsekretär zum SPÖ-Bundesgeschäftsführer umgestiegene Spindocor. Wünschenswert sei ein Block der Arbeit: „Bis vor zwei Jahrzehnten existierte ein (stilles) Bündnis von Unternehmen (Realkapital) und Gewerkschaften gegen die Interessen des Finanzkapitals. Dieser Konsens ermöglichte Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung. Inzwischen ist ein Paradigmenwechsel hin zum Neoliberalismus vollzogen, der bei vielen vor allem weltweit agierenden Unternehmen und konservativen Politikern auf fruchtbaren Boden fiel. Die Interessen des Finanzkapitals beginnen die des Realkapitals zu überlagern. Angesichts dieser Entwicklung kämpfen Erwerbsarbeit (in allen ihren Formen) und Klein- und Mittelbetriebe gegen die Folgen einer Politik des weltweit dominierenden Finanzkapitals“ (S.279). Zielsicher und völlig unbefangen singt da einer das Hohelied der Schaffenden gegen die Raffenden.

Selbstredend gilt es, „nicht den Markt zu bekämpfen, sondern seine zerstörerischen Auswirkungen“ (S.283). Denn der Markt ist alternativlos und somit sakrosankt. Der Kapitalismus ist schon gut, nur die Kapitalisten sind

manchmal böse. „Eine zukunftsfähige Sozialdemokratie muß deshalb den enthemmtten, globalen Kapitalismus wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch in die Schranken weisen, ohne dessen Entwicklungspotentiale und Dynamik zu ersticken“ (S.283). Daß das Entwicklungspotential und die Dynamik der Marktwirtschaft eben gerade in ihrer Hemmungslosigkeit und Beschleunigung liegen, scheint den Sozialdemokraten gar nicht erst zu kommen. Der Realismus steigert sich im Komparativ zum abgeklärten Zynismus: Der gesicherte Vollarbeitsplatz „taucht nur noch als nostalgische Erzählung auf“ (S.279).

Gibt es gar nichts Positives zu sagen? Aber bitte. Heinz Fischer, dem Parlamentspräsidenten, bleibt es vorbehalten, daß er in einem der wenigen nicht nur lesbaren, sondern sogar lesenswerten Beiträgen des Sammelbands sich einer äußerst relevanten Fragestellung annimmt und den Stellenwert der Politik in sei-

ner Analyse zumindest relativiert: „Der Handlungsspielraum der Politik ist gering, wenn er in die Grundstrukturen der Marktwirtschaft, der Konkurrenzwirtschaft, des Waren- und Gütertausches, aber auch der Einkommens- und Vermögensverteilung einzugreifen versucht“ (S.92). Zumindest einer, der die Hilflosigkeit nicht als selbstbestimmte Politik abfeiert.

Insgesamt dokumentiert das Buch aber eines: Die SPÖ ist ranzig geworden. Aber, was soll man sich da aufregen? Die Sozialdemokratie ist so. „That's it“ (S.54), wie Josef Cap es zusammenfaßt. Forget it, wie wir meinen.

Josef Cap/Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Löcker Verlag, Wien 1998. 420 Seiten, 41 DM

Udo Winkel

STAATSKONTROLLE ODER ASSOZIATION

Die beiden Tendenzen in der Arbeiterbewegung und die Frage der Aufhebung des Kapitalverhältnisses

(Auszüge aus einem Referat, gehalten auf dem Kongreß „Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften“ vom 8. – 10. Mai 1998 in Hamburg)

Fremdbestimmte Arbeit unter den Bedingungen der Fabrikdisziplin ist kein historisch vorgefundenes menschliches Bedürfnis. Es bedurfte der Enteignung von eigenem Besitz und eigenen Produktionsmitteln, den Arbeitshäusern, dem Zwang des Hungers und des Staates um die Menschen für diese Art der entsinnlichten Verausgabung ihrer Lebensenergie kirre zu machen. Und es gab – wie E. P. Thompson, Hobsbawm und andere Sozialhistoriker gezeigt haben – einen jahrhundertlangen Widerstand gegen diese Zumutungen, deren letzte Ausläufer die „Maschinenstürmerei“ war. Eine moral economy wurde gegen die Ökonomie der Kapitalverwertung eingeklagt. Max Weber hat gezeigt, welche Bedeutung die protestantische Ethik als „Geist des Kapitalismus“ bei der Verinnerlichung der Arbeitsethik gespielt hat. Diese bürgerliche Arbeitsethik wurde schließlich auch von der Arbeiterklasse und vor allem von der im 19. Jahrhundert entstehenden Arbeiterbewegung verinnerlicht und färbte seitdem deren Vorstellungen von einer Aufhebung des Kapitalverhältnisses ein.

Seit den Anfängen der Arbeiterbewegung ringen zwei Tendenzen oder „Prinzipien“ miteinander: Der Gedanke der Assoziation oder des Zusammenschlusses der Produzenten gegen die Fremdbestimmung und Herrschaft der kapitalistischen Warenproduktion und die Vorstellung vom Eingriff des Staates zu Gunsten der abhängig Beschäftigten. Schon während der Revolution 1848/49, als sich in der Form von Arbeitervereinen eine legale Arbeiterbewegung in Deutschland herausbildete, standen sich die Forderungen, durch Selbsthilfe der Arbeiter Assoziationswerkstätten aufzubauen oder durch Staatshilfe (Gesetzgebung) der Unternehmerwillkür Grenzen zu setzen, gegenüber. Auf dem Kongreß der „Arbeiterverbrüderung“ vom 23.8. bis zum 3.9.1848 in Berlin erläuterte Franz Schwenniger: „Assoziationswerkstätten – so heißen diejenigen Werkstätten der Neuzeit, in welchen die Arbeiter ihre Kräfte vereinen sollen, um als geschlossene Kolonne, den Kampf gegen Druck des Kapitals siegreich durchzuführen und sich so den vollen Genuß zu sichern, welchen die Arbeit gewährt [...] Wahl des Vorstandes durch die Teilnehmer und freiwillige Unterwerfung unter seine Anordnungen, so lange man ihn eben als den Meistbefähigten betrachten kann.“

Daniel Nees von Esenbeck hatte bereits im Juli 1848 ein „Ministerium der Arbeit“ gefordert, welches das „Arbeiterleben“ ordnen sollte, „dessen höchstes, von allen Arbeitern zu erennendes Glied als Minister der Arbeit in den Kreis der Staatsminister tritt.“ Noch 1863, beim Wiederaufleben der Arbeiterbewegung, empfahl Ferdinand Lassalle in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig“ Produktivassoziationen mit Staatshilfe. In der deutschen Sozialdemokratie setzte sich, entgegen der scharfen Marxschen Staatskritik, die Forderung nach dem „Freien Volksstaat“ durch – und damit die oben bezeichnete zweite Tendenz. Marx hatte übrigens in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ angemerkt, daß nichts autoritärer sei als ein „freier Staat“.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde im praktischen Reformismus von sozialdemokratischer Partei wie Gewerkschaften der Staatsbezug nicht mehr in Frage gestellt. Auf konservativer Seite war seit Lorenz von Steins Forderung nach einem „sozialen Königtum“, welches mit Hilfe der Arbeiter die Bourgeoisie disziplinieren und die kapitalistischen Widersprüche eindämmen sollte um eine soziale Revolution zu verhindern, bis hin zu den Kathedersozialisten der monarchistische Staat dazu ausersehen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Im ersten Weltkrieg schließlich trafen sich Konservative, bürgerliche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und der annektonistische Flügel der Sozialdemokratie in der Vorstellung eines Staatssozialismus, die durch den Eingriff der Ludendorffschen Militärdiktatur in die Ökonomie geprägt war. Die Gewerkschaften waren nicht nur bei Ausbruch des Krieges eine Burgfriedenspolitik mit Verzicht auf Arbeitskampf eingegangen, sondern ließen sich am 15. November 1918, sechs Tage nach Ausbruch der Revolution in Ber-

lin, auf eine „Zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ ein.

Auch in den Auseinandersetzungen in der Revolution 1918/19 und im Anschluß an sie reproduzierten sich die benannten Positionen im Selbstverständnis der *Rätebewegung* versus *Sozialisierungsdebatte*. Im Selbstverständnis der Ansätze einer revolutionären Rätebewegung, die etwa in Berlin ihre Keimzelle in den während des Krieges entstandenen Revolutionären Obleuten in den Betrieben hatte, konnte sowohl die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse als auch der Aufbau neuer Strukturen nur von unten, aus den Betrieben heraus, erfolgen. Ernst Däumig, Theoretiker der Bewegung in Berlin, formuliert in „Der Rätegedanke und seine Verwirklichung“: „Träger des Rätegedankens kann nur das Proletariat sein, das heißt alle die Hand- und Kopfarbeiter, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft dem Kapital zu verkaufen, um leben zu können. Damit steht der Rätegedanke in einem ebenso scharfen wie natürlichen Gegensatz zu dem landläufigen demokratischen Gedanken, der die Staatsbürger als eine einheitliche Masse wertet, ohne Rücksicht auf den großen Gegensatz von Kapital und Arbeit und die aus diesem hervorgehende Klassenscheidung zu nehmen. [...] Da die den formalen demokratischen Gedanken verkörpernden Parlamente solange kapitalistischen Tendenzen dienstbar gemacht werden, solange die kapitalistische Produktionsform besteht, kann der Rätegedanke nicht mit den Mitteln des Parlamentarismus verwirklicht werden, sondern muß in den Keimzellen der kapitalistischen Produktion, den Betrieben, ... zur Anwendung gebracht werden. [...] Da die Verwirklichung des Rätegedankens die ständige aktive Teilnahme des Proletariats an allen wirtschaftlichen und politischen Fragen erfordert, können die Organe der Räteorganisation nicht

langbefristete Vollmachten erhalten, sondern müssen stets der Kontrolle ihrer Wähler unterstehen und jederzeit abberufen werden können, wenn sie das Vertrauen ihrer Wähler nicht mehr haben.“

In Reden auf dem USPD-Parteitag vom 4./5. März 1919 arbeitet Däumig klar die neue Qualität des Rätegedankens heraus: „... ökonomisch besteht die Aufgabe des Räte-systems darin, solange wir noch in der Übergangszeit sind, die Sozialisierung mit Hilfe des Proletariats und durch die proletarischen Kräfte so schnell als möglich in die Tat umzusetzen und andererseits wiederum eine ökonomische Organisation zu schaffen, in der wiederum die proletarischen Kräfte die ganze Wirtschaft des Gemeinwesens in den Händen haben, leiten, regulieren, nicht allein die Produktion, sondern auch die Konsumtion. [...] die Trennung von Politik und Ökonomie, Politik und Wirtschaft, wie wir sie bis jetzt in der alten Staatsform hatten, (kann) durch das Räte-system nach meinem Dafürhalten völlig beseitigt werden [...] Denn schließlich ist das Ziel des Sozialismus nicht, einen Obrigkeitsstaat aufzubauen, der nur sozialistisch angepinselt ist ...“.

Schneider/Kuda (Mitbestimmung, München 1969) haben herausgearbeitet, daß sich aus der innergewerkschaftlichen Rätediskussion „drei grundsätzliche Richtungen, drei Reaktionstypen“ herauschälen lassen: „1. Die arbeitgemeinschaftliche Richtung plädierte für die geordnete, friedliche Zusammenarbeit mit dem Kapital und wollte den Arbeiterräten allenfalls bestimmte historische Verdienste in den Revolutionstagen, keinesfalls aber eine positive Rolle für die Zukunft zugestehen.“ „2. Die reformistische Richtung in den Gewerkschaften – wohl die eindeutige Mehrheit – gab den Gedanken einer – wenn auch allmählichen – gemeinwirtschaftlichen Neuordnung nicht auf. Aber sie wollte den Ein-

fluß der Räte im Sozialisierungsprozeß vermindern und sie strikter gewerkschaftlicher Kontrolle oder Weisungsbefugnis unterwerfen.“ „3. Die revolutionäre Richtung in den Gewerkschaften stellte sich auf den Boden des Räte-systems und suchte nach einer konstruktiven Synthese zwischen Räten und Gewerkschaften.“ Dieser Flügel hatte sich entgegen dem ADGB 1919/20 im Deutschen Metallarbeiterverband zeitweilig durchgesetzt.

Gegenüber dem Rätegedanken hat die Quintessenz der Sozialisierungskonzepte Hugo Sinzheimer prägnant ausgedrückt: „Sozialisieren kann nur der Staat, und die Grundlage jeder Sozialisierung ist ein Gesetzgebungsakt des Staates“. Otto Neurath formulierte in seinem Gutachten „Wesen und Weg der Sozialisierung“ (1919) und in seiner Schrift „Vollsozialisierung“ (1920) das Grundverständnis dieser Richtung folgendermaßen: „Sozialisiert muß von oben werden. Was mit dem Einzelnen zu geschehen hat, ergibt sich aus der Anlage des Ganzen, ein Gedanke, der nicht oft genug hervorgehoben werden kann, soll nicht die ganze Sozialisierungsbewegung zu einer Kleinarbeit werden, die unter Umständen eine Reihe scheinbarer Lokalerfolge erzielt, im ganzen aber die Wirtschaft lähmt und hemmt.“ „Wir werden nie von Sozialisierung sprechen, wenn ein Betrieb von seinen Arbeitern übernommen wird. [...] Denn was haben derlei Änderungen der Betriebs- und Eigentumsordnung mit einer sozialistischen Regelung der Produktion und des Verbrauchs zu tun?“ „Eine demokratische und sozialistische Verwaltung der Gesamtwirtschaft kann auch eine weitgehende Demokratisierung der Betriebe mit sich bringen. Dies ist aber keineswegs notwendig. Es kann innerhalb einzelner Betriebe, ja ganzer Betriebsgruppen eine Art Absolutismus herrschen, wie ja auch innerhalb einer sozialistischen Milizarmee der Feldherr, trotz seiner

Abhängigkeit vom Volke, gegenüber dem einzelnen Soldaten weitgehende Rechte besitzen kann.“ „Diese Räteorganisation hat für die Wirtschaftsdisziplin Sorge zu tragen. Nur sie sichert in unruhigen Zeiten, wie den gegenwärtigen, den Zusammenhalt der Wirtschaft und verhindert deren Zerfall durch Übergriffe der zur Dezentralisation neigenden Betriebsräte.“

Karl Korsch hat in der damaligen Auseinandersetzung schon das Notwendige dazu gesagt: „Dem Drängen der Massen nach irgendeinem seelischen Ausgleich gegen die ungeheure Unfreiheit des einzelnen großbetrieblichen Arbeiters unter modernen großindustriellen Produktionsverhältnissen kann nicht durch einen bloßen Wechsel des Arbeitgebers Genüge getan werden; die Klasse der werktätigen Arbeiter wird als solche nicht freier, ihre Lebens- und Arbeitsweise nicht menschenwürdiger dadurch, daß an die Stelle des von den Besitzern des privaten Kapitals eingesetzten Betriebsleiters ein von der Staatsregierung oder der Gemeindeverwaltung eingesetzter Beamter tritt.“ (Die Sozialisierungsfrage vor und nach der Revolution, 1919).

Die sich seit Mitte der zwanziger Jahre in der Sozialdemokratie und vor allem in den Gewerkschaften herausbildende Konzeption einer „Wirtschaftsdemokratie“, hängt eng mit der Vorstellung vom „Organisierten Kapitalismus“ zusammen. Rudolf Hilferding führte 1927 auf dem SPD-Parteitag in Kiel aus: „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete

Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat.“ (Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik).

Für ihn bedeutet Wirtschaftsdemokratie somit eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft, die über das politische Wahlrecht, weniger über außerparlamentarische Mittel realisierbar sei. Opposition von gewerkschaftlicher Seite kam vor allem aus dem Deutschen Metallarbeiter Verband. So kritisierte Simon Krauß den arbeitgemeinschaftlichen Charakter der Wirtschaftsdemokratie. Die Arbeiterführer mußten sich entweder in den paritätischen Gremien der Brutalität des deutschen Kapitalismus fügen oder aber ihr Amt wieder verlassen. Damit könne dem Fiasko der politischen Demokratie von 1918 nur das Fiasko der Wirtschaftsdemokratie von 1925 folgen. Heinrich Galm prophezeite den Gewerkschaften ihre Verwandlung in Hilfsorganisationen des Kapitals. Bemerkenswert ist, daß in der innergewerkschaftlichen Diskussion *Betriebsdemokratie* und *Wirtschaftsdemokratie* für alternative Wege standen; wobei nach dem Auslaufen der Bewegung beide Konzeptionen nicht mehr als solche einer revolutionären Umwälzung verstanden wurden, sondern als ein Anknüpfen an die konstituierten und juristisch fixierten Gegebenheiten (so die Betriebsdemokratie an das Betriebsrätegesetz).

Während Jäckel auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß von 1925 konstatierte: „Die Betriebsdemokratie, die mit dem Betriebsrätegesetz angebahnt worden ist, stellt eine Errungenschaft dar, die die Arbeiter nicht preisgeben dürfen und werden“, sagte Hermsberg in seinem Schlußwort: „Betriebsdemokratie ist keine Wirtschaftsdemokratie ... Die große Last, die wie ein Fluch auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung drückt, besteht darin, daß der Produzent von seinen Produktionsmitteln getrennt worden ist, daß

auf der einen Seite der Produktionsmittelbesitzer und auf der anderen Seite die Menge der produktiven Arbeiter steht, denen die Produktionsmittel nicht gehören. Nun ist es sehr naheliegend, daraus den Schluß zu ziehen: Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten ist es notwendig, die Produktionsmittel wieder den Produzierenden in die Hände zu geben, damit die im Betrieb Arbeitenden wieder über den Betrieb verfügen. In krasser Form bedeutet das, wie Sie wissen, Syndikalismus, in abgeschwächter Form heißt es Betriebsdemokratie. Es ist nicht Ziel der Gewerkschaften und des Sozialismus, irgend einen derartigen Zustand herbeizuführen“ (Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, Berlin 1925).

Fritz Naphtalie, der eigentliche Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie, der auch die grundlegende Schrift „Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel“ (Neuausgabe Frankfurt/M. 1966) redigierte und herausgab, setzte sich von der Anpassungsvariante der Wirtschaftsdemokratie ab: „Diese Art der wirtschaftsdemokratischen Ideologie erscheint als eine nicht ganz konsequente und widerspruchsvolle Ersatzideologie für den Sozialismus ... Dadurch verliert die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie selbst an Klarheit und Überzeugungskraft.“ Für Naphtalie entspringt die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie aus der Tatsache, daß „die politische Demokratie allein keineswegs eine vollendete Demokratie ist und keine endgültige Befreiung der arbeitenden Menschen bedeutet, daß sie von sich aus nicht einmal die schlimmsten Formen der Ausbeutung beseitigt.“ „Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und

das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen.“ „Wir glauben nicht, daß uns irgendeine Frucht kampflos in den Schoß fallen wird, aber wir glauben, daß gerade der Kampfeswille und die Kraft der organisierten Arbeiterschaft erhöht werden kann, wenn sie die Bedeutung ihres täglichen Ringens im Rahmen der Gesamtentwicklung zu würdigen weiß. Wir erheben auf dem Boden der politischen Demokratie die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft. Wir rufen mit dieser Forderung auf zum beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, zum Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.“ (Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, 1928)

Selbst in ihrer avanciertesten Form als Gegenmachtmodell blieb bei Naphtalie das Konzept der Wirtschaftsdemokratie auf die Ergänzung der politischen durch die wirtschaftliche Demokratie beschränkt; die qualitative Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Totalität, die eben nur im Rahmen einer Aufhebungsbewegung möglich wird, blieb außerhalb des Denkmöglichen. Von Gewerkschaftsführern wurde die Vorstellung von der Wirtschaftsdemokratie weiter banalisiert. So sagte Fritz Tarnow auf dem schon erwähnten Gewerkschaftskongreß von 1928: „Nicht der schmalste Weg zur wirtschaftlichen Demokratie ist der über die Staatsmacht. Wirtschaftsdemokratie fordern heißt, in einem demokratischen Staat mitarbeiten! Die Verbundenheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Staat, die Bejahung des Staates, das ist durch unsere Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie ganz wesentlich unterstrichen worden.“ Diese naive Vorstellung vom Staat als einem neutralen Instrument hat schon der oppositionelle Wortführer Simon Krauß, allerdings in traditionell-marxistischer Perspektive, kritisiert:

„Darum ist es notwendig, die Arbeitermassen fester zusammenzuschließen, die Methoden ihres Kampfes zu verbessern, und immer mehr überzugehen vom Kampf gegen die Wirkungen, zum Kampf gegen die Ursachen der Ausbeutung, gegen den kapitalistischen Staat und die kapitalistische Gesellschaft überhaupt. Der Weg zum Sozialismus führt nicht über die demokratische Leitung der Wirtschaft, sondern über den gewaltigen revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Enteignung der Produktionsmittel [...] Eine kapitalistische Regierung wird sich nicht erlauben, in die kapitalistische Wirtschaft einzugreifen. Sie kann das als Sachwalter des kapitalistischen Staates gar nicht tun.“ So berechtigt die Ablehnung des Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie“ zunächst einmal ist, so wenig drückt sich darin jedoch eine grundsätzliche Kritik des Staates aus. Dieser soll nicht aufgehoben werden, sondern es geht darum, ihn gewaltsam zu erobern.

Auch jenseits dieser Problematik bleibt festzuhalten, daß die Konzepte der Wirtschaftsdemokratie die betriebliche Ebene ignorieren bzw. sogar bewußt als Hemmschuh einschätzen. Unter Wirtschaftsdemokratie wird eher „eine Wirtschaftsführung für die Arbeiter, aber nicht auch durch die Arbeiter verstanden“ (Schneider/Kuda 1969). In der Mitbestimmungsdiskussion nach 1945 wird dieses Verständnis nicht mehr in Frage gestellt.

Wenn wir die umrissenen historischen Erfahrungen auf die heutigen gesellschaftlichen Bedingungen übertragen wollten, erschiene das ein wenig absurd. Die „Arbeiterbataillone“, die Träger der Rätebewegung aber auch der gewerkschaftlichen wirtschaftsdemokratischen Aktivitäten, sind auf Kompaniegröße geschrumpft. Nürnberg z. B., wo ich lebe, war einmal das Zentrum der bayerischen Metallindustrie, doch diese Betriebe sind heute

fast verschwunden. Während der fordistischen Phase war es zum letzten Mal zur Ausdehnung der arbeitsproduktiven Bereiche gekommen. Der „Postfordismus“ ist durch den qualitativ neuen Charakter von Rationalisierung und Automatisierung im Zeichen von Mikroelektronik, der massenhaften „Freisetzung“ im Sinne einer „strukturellen Arbeitslosigkeit“, d. h. letztlich durch das Obsoletwerden der wertproduktiven Arbeit geprägt. Marx hat in den „Grundrissen“ unter dem Titel „Widerspruch zwischen der Grundlage der bürgerlichen Produktion (Wertmaß) und ihrer Entwicklung selbst. Maschinen etc.“ diese Entwicklung antizipiert: „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. [...] Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemächtigt. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums,

die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.“ So weit die positive Beschreibung, aber: „Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffene. [...] Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Fortschritts setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung – question de vie et de mort – für die notwendige. Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig ... zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten. Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen – beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums – erscheinen dem Kapital nur als Mittel, und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.“ (Berlin 1974, S. 592ff.).

Die von Marx so bezeichnete „miserable Grundlage“ ist augenfällig geworden. Die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur

Wand, die traditionellen Konzepte greifen nicht mehr. Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung hatten, wie schon erwähnt, die bürgerliche Arbeitsethik verinnerlicht. Dies ist nicht als moralisierender Vorwurf gemeint. Nach dem Auslaufen des frühen Widerstands gegen die Zumutungen der kapitalistischen Zwangsarbeit, war dies im Zuge der Durchsetzung und Entfaltung des Kapitalismus wohl unvermeidlich. Die Folge war aber, daß die sich selbst als antikapitalistisch begreifende Bewegung in die kapitalistische Rationalität und Warenlogik eingebannt blieb. Es galt die „Arbeit zu befreien“, nicht sie aufzuheben. Diese Möglichkeit bildet sich erst heute mit dem Obsoletwerden der wertproduktiven Arbeit und der Vergesellschaftung über den Wert überhaupt heraus. Damit werden bestimmte Teile des Werkes von Marx überhaupt erst aktuell und eine Perspektive jenseits des Kapitalismus möglich. Wenn die Gewerkschaften aus der Misere der Rückzugsgefechte herauskommen wollen und sollen, gilt es die neue Situation vorurteilslos zu analysieren und mögliche neue Perspektiven zu reflektieren und zur Diskussion zu stellen. Die schon von Rosa Luxemburg im 1. Weltkrieg aufgezeigte Alternative: Sozialismus – nicht mehr verstanden als noch von der Wertlogik geprägter „Staatssozialismus“ – oder Untergang in die Barbarei stellt sich dringender als je zuvor. Und hier werden dann auch die aufgezeigten historischen Dimensionen wieder interessant. Nur eine Bewegung die – wie ansatzweise die Rätebewegung – bewußt ihre Perspektive im „Jenseits der bürgerlichen Gesellschaft“ (Luxemburg) sieht, kann die scheinbar ewige und geschichtslose Herrschaft der zweiten Natur aufbrechen.

Franz Schandl

VORWÄRTS, ZUR NACHKNAPPHEITSORDNUNG!

Anthony Giddens und die Plattheiten der Zweiten Moderne

Jeder erfolgreiche Politiker hat seine Einsager. Tony Blair hat Tony Giddens. So ist es wohl auch nicht verkehrt, von der hier kritisierten Schrift auf das zu schließen, was als „New Labour“ firmiert. Stellenweise liest sich der Band auch wie ein Parteiprogramm, was für eine Publikation mit theoretischem Anspruch nicht unbedingt ein Kompliment sein muß. Da heißt es dann „kühne Losungen sozialer und politischer Probleme in Betracht zu ziehen“ (S.81), allzuoft geht es um „bemühen“ oder „einsehen“. Natürlich ist es richtig, wenn Giddens meint, daß der Sozialstaat in seiner bestehenden Form nicht überleben kann (S.236), daß dieser auch bisher die wirtschaftliche Ungleichheit nicht abgebaut hat (S.205), daß Vollbeschäftigung als Ziel wenig Sinn macht (S.240), oder daß Klasse nicht mehr als soziale Zugehörigkeit erlebt wird (S.198). Was aber nun?

Demokratie als Dauerlutscher

Einmal mehr soll die Demokratie demokratisiert werden. „Die Demokratisierung liegt im Kampf mit der Macht“ (S.184) schreibt Giddens, als wäre Demokratie (sowie ihre Zwillingsschwester, die Diktatur) etwas anderes als eine Realisierungsinstanz der gesellschaft-

lich geschaffenen Macht. Hier wird ein Dualismus behauptet, der Zusammengehörigkeit verschweigt und Kategorien nicht analytisch, sondern moralisch in gut und böse einteilt.

„Mehr Transparenz der Regierung würde der Demokratisierung der Demokratie nützen“ (S.38), müssen wir da lesen. Müssen wir das lesen? Daß solch abgestandene Slogans noch immer aufgesagt werden, verwundert allerdings, nachdem sie nun schon Jahrzehnte zum Standardrepertoire aller Demokratiereformer gehören. Der Komparativ „demokratischer“ verbaut jedoch die Analyse, da er eine historische und kritische Sicht der Demokratie verstellt. Ihre Leistungen wie Beschränkungen verschwinden in einer enthusiastischen Bewunderung. Sie gleicht dem Guten schlechthin, generiert sich als ontologisches Prinzip für alle Zukunft, als Endziel der Zivilisation.

Das Ideal der Demokratie funktioniert wie ein Wunschkonzert. Der Begriff der Demokratie steht heute mehr denn je unter einem politischen Modezwang, den man „zu allen möglichen Zwecken und bei allen möglichen Anlässen benützen zu müssen glaubt“, wie der bedeutende österreichische Rechtsgelehrte Hans Kelsen bereits vor mehr als siebenzig Jahren geschrieben hat. Und daher „nimmt dieser mißbrauchteste aller politischen Begriffe die verschiedensten, einander oft sehr widersprechen-

den Bedeutungen an, sofern ihm nicht die übliche Gedankenlosigkeit des vulgär-politischen Sprachgebrauchs zu einer keinen bestimmten Sinn mehr beanspruchenden, konventionellen Phrase degradiert.“

Demokratie soll nun als verallgemeinertes Meta-Prinzip weit über den öffentlichen Sektor hinausgreifen: „Der Bereich der persönlichen Beziehungen ist eine maßgebliche Arena potentieller Demokratisierung“, er ist „heute von erstrangiger Bedeutung für viele Aspekte der politischen Reform“ (S.183). Was ist aber ein demokratisiertes persönliches Leben? Vor allem dann, wenn Giddens selbst Demokratie auf Repräsentation zurückführt (S.159)? Wer wird in einer Beziehung repräsentiert? Wie demokratisiert man eine Beziehung, ohne daß sie am Schluß selbst weg ist? Zu schlechter Letzt werden wir noch einmal diskutieren müssen, was ein demokratisches Essen, ein demokratisches Vergnügen oder gar ein demokratischer Beischlaf ist. Und das ist nicht zu weit hergeholt. In seinem Sexualitäts-Buch erstellte Giddens sogar ein Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Intimität als Demokratie“.

Der neue Schlager ist gefunden, und es ist der alte: „Wer ein zweifaches Hoch auf die liberale Demokratie ausbringt, ist dazu in hohem Maße berechtigt.“ (S.158) Es ist der „Lieblingsbegriff der Jetztzeit“ (S.33), dem Giddens völlig kritiklos huldigt. Unerträglich und unertragreich ist das: „Auf einmal haben alle die Demokratie entdeckt“ (S.149), schreibt er. Diese Vereinnahmung ist gelinde gesagt nicht nur falsch, sondern eine Frechheit sondergleichen. Sie erklärt jeder Fundamentalkritik der Demokratie nicht nur eine Absage, sie hält diese für schlicht unstatthaft und unmöglich.

Wenn die domestizierte Linke Demokratie aufkocht, stellt sich stets die Frage, welch Substantiv oder Adjektiv ihr denn gerade wieder einfällt, um die wahre von der wirklichen

Demokratie zu scheiden. Daß die Identität der beiden möglicherweise ein Schlüssel zu ernsthafter Gesellschaftskritik wäre, will ihr nicht in den Sinn. Was nun kommen soll, ist gar eine „dialogische Demokratie“, die nicht zufällig sich am ebenso unhinterfragten *Austausch* (S.167, 181) orientiert: „Die dialogische Demokratie unterstellt lediglich, daß der öffentlich geführte Dialog ein Mittel bereitstellt, um im Verhältnis gegenseitiger *Toleranz* mit dem anderen im Nebeneinander (?!?, F.S.) zu leben ...“ (S.162)

Spielen wir es durch, nehmen wir den Fall eines Arbeitslosen: Man kann ihm wohl plausibel machen, warum sein Arbeitsplatz dem ökonomischen Kalkül zum Opfer fallen mußte, man kann ihm ganz rational erklären, daß sein Unternehmen nicht anders konnte, daß die Entlassung keinen böswilligen Akt darstellt, man kann ihm weiters sagen, daß nach eben dieser Logik bei einer steigenden Arbeitslosenzahl die Leistungen der staatlichen Gemeinschaft gekürzt werden müssen, da sie ansonsten den öffentlichen Haushalt überlasten.

Nur, was wird ihm das alles nutzen, wo fast alle Bedürfnisse und Notwendigkeiten an Geld geknüpft sind, an Geld, das er nun nicht mehr oder nicht mehr ausreichend hat. Mangels Perspektive wird er sich an Zustände klammern, die gerade obsolet werden. Was macht er mit dem Dialog, der gegenseitigen Toleranz und dem Nebeneinander, wenn er seine existentielle Lage bedroht sieht, sich ausgespuckt und entwertet fühlt? Die dialogische Demokratie kann hier doch nur noch als zynische Zumutung, als der Gipfel von Unverschämtheit empfunden werden. Als Gerede, das Probleme einfach eskamotiert. Toleranz und Offenheit, Risikofreude und Flexibilität erscheinen zusehends als die aktuellen Werbebotschaften am Jahrmarkt politischer Sinnstiftungen.

Hier liegt aber auch zweifellos das Dilemma der Gewerkschaften. Laßt uns so weitermachen, sagen sie, wo es doch nicht mehr so weitergehen kann. Nichtsdestotrotz spricht das nur gegen deren Orientierung, nicht gegen die Intention, sich gegen die Übergriffe und Zumutungen von Markt und Staat zu wehren.

Der paraphrasierte Marx

Der Abgesang des Soziologen stellt streckenweise eine derart penetrante Belästigung dar, daß nur noch die versprochene Rezension den Abbruch der Lektüre verhindert. Man wird das Gefühl nicht los, daß hier ein renommierter Konjunkturritter den modischen Gepflogenheiten seiner Zeit eben marktgerecht folgt und seinen Sermon ablädt. Was heute gefragt ist, ist morgen nur noch bekannt ob solcher Verrisse.

Aufarbeitung und Kritik der Marxismen sind zweifellos notwendig, aber wenn sie so flach daherkommen, muß man selbst diese vor solchen Übergriffen schützen – von Marx ganz zu schweigen. Giddens schreibt: „Nach Auffassung der kommunistischen Autoren ist das Privateigentum ein soziales Übel. Die Akkumulation persönlichen Reichtums sei eine sittliche Gefahr, die nach Möglichkeit auf ein Minimum reduziert werden müsse“ (S.86). Das ist allerhöchstens eine sozialdemokratische Soziallehre, wie sie von den Gewerkschaften bis zu den Linksradiكالen vertreten wurde. Da wird nicht von Marx erzählt, sondern die in der Form schlampige und dem Inhalt nach kautskyianisch-bolschewistische Marx-Rezeption der Achtundsechziger nach wie vor für bare Münze genommen.

Mit Marx allerdings hat das kaum etwas zu tun. Dem wären so pauschale Urteile nicht in den Sinn gekommen. Im Gegenteil: Er be-

zeichnete Privateigentum und Akkumulation für eine bestimmte historische Epoche als unbedingt erforderlich. Daß Marx stets als falsche Paraphrase auftreten muß, ist schon ärgerlich, folgt aber den gängigen medialen Konventionen und universitären Mythen: „Die im Sinne der sozialistischen Lesart des dialektischen Verhältnisses zwischen Herr und Knecht aufgestellte These, daß die Geschichte vor allem von den Benachteiligten gemacht werde, ist zwar verführerisch, aber falsch“ (S.335). Es stellt sich allen Ernstes folgende Frage: Kennt Giddens Marx? Und wenn ja, woher?

Lebensstil und Subpolitik

„Die meisten Sozialmaßnahmen sind in der Tat so angelegt, daß sie nicht an den Ursachen ansetzen, sondern bereits eingetretene Ergebnisse zurechtrücken wollen – eine Hauptquelle des staatlichen Versagens“ (S.209). Auch das birgt einen schweren Denkfehler: Sozialpolitik ist immer *nachsorgend*, sie ist dazu da, Resultate zu korrigieren, die sie nicht verhindern kann. Es geht dabei um die Linderung gesellschaftlicher Diskrepanzen und Nöte. Daß es so etwas wie Sozialpolitik überhaupt gibt, rührt also aus einem strukturellen Manko der Gesellschaft. Der Sozialstaat verwaltet wirkliche (oder teilweise auch eingebildete) Defizite. Sozialpolitik ist eine kapitalimmanente Funktion. Eine vorsorgende Sozialpolitik ist per definitionem unmöglich. Das Problem gegenwärtig ist, daß der Sozialstaat immer weniger kann, weil ihm schlicht und einfach das Geld für die zu Bedienenden ausgeht. Was sich als böswilliger Übergriff darstellt, ist eigentlich eine funktionale Überlastung.

Nicht mehr der Sozialismus wird angestrebt, sondern eine *Nachknappheitsgesell-*

schaft. Von der Umverteilung wird Abschied genommen (S.265): „Gäbe es in der Nachknappheitsgesellschaft immer noch einen Sozialstaat? Nein, den gäbe es nicht mehr“ (S.263 f.). Laut Giddens geht es nun um ein „Lebensstil-Abkommen“ (S.264) – nur: sind alle Lebensstile wünschens- und tolerierenswert? Ist der Lebensstil eines Obdachlosen eine individuelle Möglichkeit oder nicht doch eher eine individuelle Verunmöglichung? Und wie können Abkommen ausgehandelt werden, die nicht einfach Diktat ökonomischer Verhältnisse sind? Oder ist einmal mehr die Freiheit nichts anderes als die Einsicht in den Notwendigkeit genannten gesellschaftlichen Zwang?

Wie soll die propagierte „Subpolitik“, diese „Gesellschaftsgestaltung von unten“ (Ulrich Beck) dem Markt und seinen Anmaßungen Grenzen ziehen? Wie sollen Machtverhältnisse überwunden werden? Wie kann die Pauperisierung ganzer Bevölkerungsgruppen verhindert werden? Hier gerät Giddens – wie so oft – auf die Ebene frommer Wünsche. Was er postuliert, hat mehr von einer Predigt als von einer Untersuchung: „Dialog beruht zwar nicht auf materieller Gleichheit, setzt aber voraus, daß unterschiedlich verteilte Ressourcen nicht dazu benutzt werden, die Äußerung bestimmter Ansichten zu verhindern oder die Voraussetzungen des dialogischen Austauschs in ein drastisches Ungleichgewicht zu bringen“ (S.184).

Das Hohelied der Politik feiert jedenfalls Auferstehung, ohne freilich angeben zu können, warum sie können soll, wozu sie ausersehen ist. Politik hat – wie bei Ulrich Beck – wiedererfunden zu werden: „Die erfinderische Politik ist eine Politik, der es darum geht, Individuen und Gruppen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Belange und Ziele die Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens zu geben, anstatt daß ihnen die Dinge widerfahren. Der erfinderische Politikbegriff tritt

für eine öffentlich ausgetragene Politik ein, die den alten Gegensatz zwischen Staat und Markt überwindet. (...) Eine Schlüsselthese des vorliegenden Buches besagt, daß die erfinderische Politik das wichtigste Mittel ist, um heute wirksam Armut und sozialer Ausgrenzung begegnen zu können“ (S.36-37).

Gefällige Gefälligkeiten

Bürgerkriege sind Ausnahme geworden meint der Autor (S.175, 311), um es dann doch nicht ganz so zu meinen. Es kann so sein, aber es kann auch anders sein: „Auseinandersetzungen wie die im ehemaligen Jugoslawien und in anderen Regionen mögen ein Überbleibsel der Vergangenheit sein und dazu dienen, Linien der Trennung und der Feindschaft zu ziehen. Nicht auszuschließen ist aber auch die eher (!?! F.S.) beunruhigende Alternative, daß sich in diesen Vorgängen künftige Entwicklungen abzeichnen“ (S.324). Schon tragisch, wenn die Ausnahmen so zunehmen.

Doch auch da weiß Giddens Rat. Man lese und staune: „Erstens ist der potentielle Einfluß der dialogischen Demokratie zu nennen. Zweitens die Abwehr des Fundamentalismus. Drittens geht es um die Kontrolle der „negativen Spiralen emotionaler Kommunikation“ (S.325). So geht es die ganze Zeit dahin. Giddens schwadroniert. Schon sein Buch über Sexualität („Der Wandel der Intimität“) war von einer ganz dem Thema widersprechenden Trockenheit. Langweilig ist auch dieses.

Der Niedergang des Sozialstaats scheint mit dem Niedergang der zugehörigen Sozialwissenschaft zu korrespondieren. Solch Soziologie ist in ein regressives Stadium getreten: Sie schwätzt. Daß Anthony Giddens gar ein großer Denker ist, können nur kleine Denker denken. Da ist weder Stringenz im Verstand, noch Eloquenz im Ausdruck. Giddens kann so

auch nicht das eine durch das andere wettmachen. Daß er trotzdem gefällt, sagt mehr über die Gefälligkeit der Bewunderer als über den Bewunderten. Nicht nur im Feuilleton, selbst auf den politischen Seiten feiert der britische Professor seltsame Hochzeiten. Die zustimmende Giddens-Rezeption erinnert an das genarrte wie sich selbst narrende Volk in „Des Kaisers neue Kleider“. Da macht man doch gerne das Kind.

Appell und Postulat sind es, die dieses Werk beherrschen, seine negative Pointe ist der Fatalismus: „Zur Natur oder zur Tradition können wir zwar nicht mehr zurückkehren, doch als einzelne wie als Menschheit insgesamt können wir eine neue Moral anstreben für unser Leben im Kontext der positiven Hinnahme hergestellter Unsicherheit“ (S.305). Die Hinnahme steigert sich zur Hingebung, obwohl sie doch bloß eine Hinrichtung ist. Das Risiko wird von einer kritischen zu einer akklamierten Größe. Die hergestellte Unsicherheit wird zur programmatischen Leitlinie. Das drangsalierte Subjekt verwechselt sich einmal mehr mit dem freien Menschen.

Wie paßt nun die „positive Hinnahme hergestellter Unsicherheit“ zu der selbstbestimmten „Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens“? Nun, des Rätsels Lösung bei Giddens oder auch bei Blair ist wohl ganz einfach: Es geht darum, dafür zu sein, was auf einen zukommt. Propagiert wird die blanke Affirmation des Geschehens, und die Überaffirmation desselben feiert sich dann als erfinderische Politik, als dialogische Demokratie oder gar als radikale Perspektive.

Vor allem, was da radikal sein sollte, ist ein völliges Rätsel. Ebenso, warum „radical“

mit den Wortungetümen „radikal-kritisch“, „radikal-politisch“ und „radikal-demokratisch“ übersetzt wird. Peinlich sind auch unzählige Formulierungen wie etwa jene gleich auf der ersten Seite des Buches betreffend das Ende der Sowjetunion: „Nicht ahnen konnten zu diesem Moment jedoch weder die Zeitgenossen noch ich (...)“ (S.9). Überhaupt wird da oft sehr hurtig übersetzt. Die Schwächen dürften hier aber weniger bei den Übersetzern liegen, als an dem Tempo, das die Verlage vorgeben. Ausstoß geht vor Qualität. Output und Cash müssen stimmen, auch wenn man das den Texten noch so anmerkt.

Es ist nicht viel, was hier an erfinderischer Politik erfunden wurde. Wenn Ulrich Beck, der Herausgeber der „Edition Zweite Moderne“ bei Suhrkamp, behauptet, die Bände dieser Reihe „brechen aus dem „ehernen Gehäuse“ der Wissenschaften aus und bestimmen die Prozesse der Zweiten Moderne in einer lebendigen und verständlichen Sprache“, so muß dem ganz entschieden widersprochen werden. Ein Buch wie das von Giddens erscheint eher als der letzte Sud abendländischer Wissenschaft. Da ist nichts neu, da ist nichts lebendig, und was da verständlich ist, wurde längst verstanden.

Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Aus dem Englischen von Joachim Schulte, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997, 339 S., Paperback, 30 DM

Roger Behrens

Entdecke die Möglichkeiten. Oder: Wie man die Krise möbliert

Marx spricht bekanntlich vom Fetischcharakter der Ware und meint damit die naturhafte, phantasmagorische Form, in welcher die gesellschaftlichen Verhältnisse den Menschen als Verhältnisse von Dingen erscheinen. „Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt, wie die vorhergehende Analyse bereits gezeigt hat, aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert.“ (MEW 23, S. 87) Was nun passiert, wenn die Ware Arbeitskraft selbst zum Fetisch wird, wenn der Fetischcharakter der Arbeit sich im eigentümlich phantasmagorischen Charakter der Arbeitsgesellschaft gewissermaßen verdoppelt, ist mit dem Begriff der Verdinglichung beschrieben worden. Indem die Verhältnisse aber nur als dingliche erscheinen und ihre Materialität lediglich in einer Phantasmagorie imaginiert wird, als „künstliche Darstellung von Trugbildern“, als „phantastische Szene auf der Theaterbühne“ (dies als mögliche Bedeutungen von Phantasmagorie), kommt freilich weder der Arbeit, noch dem Arbeitsprodukt, noch der in ihr angeblich vermeinten Befriedigung „Gegenständlichkeit“ zu: Die abstrakte Arbeit verdinglicht, vergegenständlicht aber nicht. Nicht die konkrete Praxis konstituiert das Subjekt, sondern das abstrakte Surrogat, das Beschäftigungsverhältnis. Die Arbeit kennt keine sinnliche oder substantielle Qualität wie die menschliche Tätigkeit, sie ist un-wirklich, Sublimation von Praxis.

Wenn diese Arbeit, selbst als gesellschaftsfundierendes Prinzip, nun verschwindet und überflüssig wird, verwundert es nicht, das kaum jemand ihr Verschwinden bemerkt. Bemerkte wird allerdings die Odachlosigkeit der Arbeit, die leeren Fabriken und leerstehenden Bürohochhäuser; dies scheint aber nicht problematisch, solange der Arbeit einfach – wie Apologeten dieser unwesentlichen, substanzlosen Beschäftigung des Menschen vormachen – ein neuer Ort angedichtet wird: In den virtuellen Welten der Datennetze soll es noch viel und vor allem *neue* Arbeit geben: virtuelle Arbeit. Es gehört zum ideologischen Muster dieser Gesellschaft das Auseinandertreten von Dichtung und Wahrheit – je „konkreter“ am Bildschirm an „kreativen Lösungen“ „gearbeitet“ wird, desto offensiver realisiert sich eine ganz und gar abstrakte Arbeit als phantasielose, idiotische Untätigkeit.

Nun heißt in diesem Sinne abstrakte Arbeit zunächst eine Beschäftigung, bei der offenbar die Gewißheit über ihren Ort und ihre Zeit unsicher geworden ist. Dem muß freilich propagandistisch etwas entgegnet werden. Die sozialdemokratische Variante: „Die schönsten Plätze sind die Arbeitsplätze“ – und mitten in einem Rapsfeld steht ein gewöhnlicher Stuhl. Eben: Es gibt genügend Arbeitsplätze, auch – für romantisch gesinnte – schöne, nur die Arbeit selbst bleibt aus. Die eigentlich politische Lösung dieses lächerlichen Dilemmas bietet nicht die Sozialdemokratie, sondern das lustige Möbelhaus Ikea, welches

schon auf dem Umschlag des Katalogs 2000 verheißt: „Entdecke die Möglichkeiten“, im Sinne von „Raum für neue Ideen.“ Arbeitsvolk ohne Raum: Der Illusion, „etwas zu tun zu haben“, also „zu arbeiten“ kann auch lebensnaher geholfen werden, nämlich ab den Seiten 219 ff.: „Arbeiten mit Ikea“, Unterüberschrift: „Spas an der Arbeit – Freude am Leben“. Und so: „Einen guten Arbeitsplatz zu finden ist nicht einfach. Darum ein Vorschlag: Ob Sie zu Hause arbeiten, im Büro oder beides – kommen Sie doch erst mal zu IKEA. Denn da finden Sie alles von kompakten Lösungen für Ihren Nachwuchs bis hin zu professionellen Einrichtungsserien. Oder kurz gesagt: jede Menge Ideen, um sich zu Hause einen ganz persönlichen Arbeitsplatz zu schaffen. Ohne dabei Ihr Zuhause in ein Büro zu verwandeln. Schließlich wohnen Sie ja da.“ Auf dieser Seite wird dann auch gleich das erste Schnäppchen angeboten – es geht schließlich um Computerarbeitsplätze: Ein Papier-

korb, der in der gewitzten Ikea-Namensphilosophie auch noch „Dokument“ heißt. Woraus besteht nun so ein „Heimarbeitsplatz mit vielen Funktionen“ („Praktisch“!)? Aus diversen Tisch- und Ablagekombinationen, einem Stuhl und – zu guter Letzt von diesem Kapitel: es geht nicht nur um den Arbeitsplatz, sondern auch um die Arbeitszeit – Uhren („Hier sparen Sie Zeit.“).

So endet, ausgestattet mit Pressspanmöbeln, der Kapitalismus wie er angefangen hat, mit der erlogenen und erzwungenen Vereinigung von Wohnraum und Arbeitsstätte. Aber auch hier wiederholt sich die Geschichte nach dem bekannten Satz als Farce. Die Tragödie begann in der Unwirtlichkeit des Wohnens im Industriekapitalismus; die Farce besteht in der zur Gemütlichkeit erklärten Unwirtlichkeit, in der räumlichen Einpassung des Arbeitsplatzes in den inszenierten Trott, der überall mit denselben originellen Möbeln lebt.

Udo Winkel

REVOLUTION ALS ORDNUNGSMACHT

Daß die „industrialisierten“ Verhaltensnormen als Zumutungen erfahren und begriffen werden, in die erst hineingezwungen und hineinerzogen werden muß, die Gewaltförmigkeit also dieser Zivilisation, dies bleibt außerhalb der Sicht von Historikern, die höchstens die mangelnden materiellen Lebensbedingungen kritisieren. Wolfgang Dreßen

Das 150. Jubiläum der Revolution von 1848/49 hat sich in Tagungen und Symposien entladen und vor allem eine Unmenge von Monographien hervorgebracht, deren Spannweite von den Helden der Paulskirche bis zu den badischen Revoluzzern à la Hecker reichen. Quer und widerständig zu dieser ganzen Flut steht die Arbeit von *Wolfgang Dreßen: Gesetz und Gewalt. Berlin 1848: Revolution als Ordnungsmacht, (Aufbau Taschenbuch Verlag, Nr. 8038, Berlin 1999, 16,90 DM)*, die m. W. bisher noch nicht rezensiert wurde – eine Ignoranz, die wohl nicht zufällig ist.¹

Ein Moment kapitalistischer Industrialisierung ist die „Produktion des fleißigen Arbeiters“. Die Durchsetzung kapitalistischer Rationalität als „stummer Zwang“ (Marx) bedarf der Zurichtung der Arbeiter, deren mühsamen und widerspruchsvollen Prozeß a' la Prusse Dreßen im 1. Kapitel darstellt. Zur Regulierung der Armen wurden ab 1801 z. B. „Besserungsanstalten“ eingerichtet. „Wie Ernst Ferdinand Klein 1803 in dem von ihm herausgegebenen ‘Archiv des Criminalrechts’ berichtet, war die ein Jahr zuvor im alten Ar-

beitshaus in Berlin eröffnete Anstalt in drei Besserungsstufen (‘Classen’) unterteilt. Die ‘Classen’ trugen verschiedene Kleidung, bekamen verschiedene Mahlzeiten und mußten verschiedene Arbeitsmengen bewältigen. Das verdiente Geld wurde der ersten Klasse bar ausgezahlt, den Häftlingen der zweiten Klasse wurde es gutgeschrieben, die der dritten Klasse erhielten nichts, mußten aber am schwersten arbeiten und bekamen die geringsten Mahlzeiten. Die jeweils vorgeschriebene Tätigkeit wurde mit einer Glocke signalisiert. Gearbeitet wurde unter völligem Stillschweigen, ab fünf Uhr morgens, zwölf Stunden täglich. Gefangene, die selbst in der dritten Klasse noch widerspenstig blieben, wurden in Einzelhaft genommen und mit ‘einer bestimmten Zahl von Peitschenhieben’ bestraft. Die Häftlinge der ersten Klasse dagegen konnten bei besonders gutem Betragen zu Unteraufsehern ernannt werden. Die Anstaltsverwaltung achtete darauf, daß die Häftlinge nach der Entlassung eine Arbeit aufnehmen. Wer keine fand, wurde bei der Stellensuche unterstützt. Die Kinder wurden getrennt von den Erwachsenen untergebracht und wie diese nach Geschlechtern selektiert“ (S: 22-23).

In Preußen wurde Industrialisierung „von oben“ vorangetrieben und die in diesem Prozeß entstehenden Konflikte möglichst wiederum „von oben“ eingedämmt. Der Staat versuchte, Momente traditioneller Fürsorge auf die Fabrik zu übertragen. Vorbild waren die preußischen Bergordnungen – die Bergleute

blieben über die Knappschaftskassen relativ gesichert und gleichzeitig von ihrem jeweiligen Betrieb abhängig; am weitesten wurde dieses System in der staatlichen Seehandlung entwickelt. „Diese Periode staatlicher Industrialisierung erklärt, warum später gerade die Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisie an den Staat appellierte und dabei ein Fortschrittsmodell übernahm, daß sich an technologischer Entwicklung und Befriedung sozialer Widersprüche orientierte“ (S. 53).

Im 2. umfangreichsten Kapitel zeigt Dreßen am Fallbeispiel Berlin den Charakter der Revolution von 1848/49 auf. Am 18. März 1848 war im Kampf auf den Barrikaden, vor allem auch durch die Arbeiter der Maschinenfabrik Borsig, der Rückzug des Militärs erzwungen worden; kurz darauf setzte schon die Versöhnungspropaganda von allen Seiten ein. In einer Arbeiterpetition an den Polizeipräsidenten vom 23. März, von Arbeitern aus 12 Fabriken unterschrieben, heißt es: „Das Grab, welches sich über unseren teuren Helden geschlossen hat, hat jeden Haß und Bruderzwist für immer beschlossen. Das Duell ist beendet“ (S. 92). Der gebildeten Bürgerwehr, die sonst keine Arbeiter aufnahm, war ein Arbeiter-Corps von Borsig angeschlossen. Der Magistrat beschloß am 25. März die Annullierung von Mietschulden und Rückgabe von niedrig bewerteten Pfändern. Dreßen arbeitet heraus, daß diese Art von Versöhnung mit weiterer Aufspaltung – die Tagelöhner blieben von solchen „Wohltaten“ ausgeschlossen – und einer Selbstregulierung innerhalb der Produktion verbunden wurden. In einem Beschluß der Maschinenarbeiter vom 24. März heißt es: „In jeder Werkstatt wird ein Ausschuß aus den achtbarsten und tüchtigsten (sic!) Arbeitern erwählt; dieser Ausschuß hat den Zweck, über Gerechtigkeit und Ordnung zu wachen und Uneinigkeiten zwischen den Fabrikherren und den Arbeitern, oder zwi-

schen den Arbeitern unter sich zuvorzukommen und auszugleichen.“ Die Selbstkontrolle wird betont: „Kommt ein Arbeiter zu spät, so wird ihm für die versäumte Zeit nach Verhältnis seines Lohnes, der Betrag von seinem Wochenlohn abgezogen ...“ und die Position des Facharbeiters herausgestellt: „Gesellenarbeit darf nur durch Gesellen verrichtet werden, und Arbeitsleuten (damit sind vor allem die Tagelöhner gemeint; U.W.) sind nur solche Arbeiten zu übergeben, auf die sie der Natur der Sache (sic!) nach angewiesen sind.“ Die Forderungen enden mit dem, wie es Heinrich Heine nannte, großen „Eia-Popeia-Lied“: „Alle drei Monate soll eine Versammlung stattfinden, an welcher die Fabrikhaber und Meister mit den Gesellen Theil nehmen zur weiteren Ausbildung ihres gegenseitigen Vertrauens und der Einigkeit“ (S. 93). Die sich herausbildende organisierte Arbeiterbewegung war so, wie es ein amerikanischer Historiker mal ausdrückte, „crippled from birth“. Am 30. März, elf Tage nach den Barrikadenkämpfen, rückten wieder Soldaten in Berlin ein, empfangen von der Bürgerwehr und dem „Arbeits-Corps“ der Maschinenbauarbeiter: „Es ertönten Lieder zwischen der Musik und vielfaches Lebehoch von allen Seiten“ (S. 95).

Doch am gleichen Tag wurde ein „Volksverein“, eine Organisation ausdrücklich der „besitzlosen Arbeiter“ gegründet, der etwa 3000 Mitglieder umfaßte und eine „wahrhafte Volksbewaffnung als Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft der Bürgerpolizei und des Militärs“ forderte. Ausdrücklich wurde die bürgerliche Bildung zurückgewiesen, stattdessen „wahrhafte politische und sittliche Volksbildung“ verlangt. Wortführer der Tagelöhner wurde der, wegen „revolutionärer Umtriebe“ in Heidelberg relegierte, Student Gustav Adolf Schlöffel, Herausgeber des „Volksfreund“. Die vom Magistrat beschäftigten Gruppen, die Erdarbeiter in den Rehbergen,

die Tagelöhner am Plötensee, die Kanalarbeiter am Halleschen Tor solidarisierten sich und erzwangen die Rücknahme der eingeführten Akkordarbeit. Ein Flugblatt erklärte: „Arbeits-Unlust ... ist aber keine Schwester der Faulheit, der Lust am sogenannten Nichtsthun, sondern sie ist Frucht der Noth und des Bewußtseins seines inneren Werthes ... Man stahl ihm seine Menschenwürde und benützte ihn als todttes Werkzeug als – Maschine.“ (S. 99) Der Magistrat forderte „Arbeitgeber“ sollten arbeitslose und zugleich auswärtige Menschen dem Polizeipräsident melden, die Polizei überprüfte Schlafstellen um Arbeitslose und Nicht-Ortsansässige auszuweisen. Vor allem aber wurde laufend versucht, die Tagelöhner zu Kanalarbeiten aus Berlin herauszuschaffen. Diese strömten, wegen der miserablen Arbeits- und Lohnbedingungen, jedoch immer wieder zurück.

Der Buchdrucker Stefan Born, übrigens Mitglied des „Bundes der Kommunisten“, war Hauptinitiator des „Central-Arbeiter-Clubs“, wo am 11. April das „Central-Comite der Arbeiter“ gegründet wurde, das für August einen Arbeiterkongreß nach Berlin einberief, wo mit der „Arbeiterverbrüderung“ die erste deutschlandweite Arbeiterbewegung aus der Taufe gehoben wurde. Ziel sollte insbesondere die Erreichung der Gleichberechtigung der Arbeiter in den Verhandlungen mit den Kapitalisten sein. Voraussetzung dafür war die Organisierung der Arbeiter, die auch insofern Hauptaufgabe blieb weil – und hier glaubt man Kautsky oder Plechanow zu hören – Revolutionen nicht „gemacht“ werden, sondern, wenn „die Zeit dafür reif“ sei, „von selbst ausbrechen“. Dreßen konstatiert: „Die Selbstbezeichnung ‘Arbeiter’ begann sich jetzt durchzusetzen. Einerseits distanzierten sich mit diesem Begriff jene Arbeiter, die sich immer noch als Gesellen verstanden, von den Tagelöhnern. Jetzt gewann er aber eine wei-

terreichende Bedeutung. Er bezeichnete weniger eine bestimmte Tätigkeit, sondern ein bestimmtes Bewußtsein: Industrialisierte Arbeit wird als Emanzipation verstanden. Der Begriff ‘Arbeiter’ richtet sich zugleich gegen feudale und gegen bürgerliche Willkür und forderte eine allgemeine Selbstregulierung, die diese ‘Arbeiter’ bereits im Produktionsprozeß verinnerlicht hatten. Damit richtete sich dieser Terminus aber auch gegen alle, die sich der alltäglichen industrialisierten Arbeit noch nicht unterworfen hatten, gegen diese Populationen noch eher als gegen die Fabrikanten, denn diese waren zwar durch die Willkür des Besitzes beschränkt, blieben aber doch an allgemeiner Industrialisierung interessiert.“ (S. 97)

Die Tagelöhner zeigten in ihren Selbsthilfsaktionen Solidarität, so in ihren Maßnahmen gegen den Brotwucher. Sie zogen vor die Bäckerläden und prüften mit Waagen die Gewichte der Brote. Waren diese untergewichtig, wurde zum Boykott des Geschäfts aufgerufen. Der unmittelbare Gegner solcher Selbsthilfe blieb die Bürgerwehr, die etwa auch den Ausbruch von Gefangenen aus dem Arbeitshaus verhinderte. Schlöffel verstand, entgegen Born, die „Organisation der Arbeit“ als Kampfaufforderung und wandte sich gegen eine Beschränkung der Solidarität auf Hilfskassen, Hilfsassoziationen, die das unmittelbare Elend innerhalb vorgegebener Ordnung mildern sollten.

Vor Gericht sagte er: „Die Sanctionierung des Begriffs Revolution durch die That, vernichtet das spießbürgerliche, christliche, polizeiliche, rechtsstaatliche Bewußtsein des Unterthanen, vernichtet den Unterthanen und macht den Menschen aus ihm. Die Sanctionierung der Revolution durch das Volk ist auch der Sieg des Volksbewußtseins über das Recht. Eine Revolution ist ein Armutszeugnis für den ganzen Gesetzesorganismus, ein Ge-

genbeweis gegen den gesetzlichen Weg“ (S. 107). „Der Gegensatz Born-Schlöffel zeigt den Widerspruch zwischen einer weitgehend in das Fabrikssystem integrierten Arbeiterschicht und den Tagelöhnern, die nur unregelmäßig einen Arbeitsplatz hatten. Die disziplinierte Fabrikarbeit befähigte die Arbeiter zur längerfristigen Organisation, machte sie aber anfälliger gegenüber bürgerlichen Integrationsversuchen. Die regelmäßige Arbeitszeit der Fabrik wiederholte sich in der regelmäßigen Organisationsarbeit. Dagegen beharrten die Tagelöhner eine auf radikale Änderung, auf sofortigen Umsturz ausgerichtete Zeitperspektive.“ (S. 102-3) Nach den Maiwahlen ging der Magistrat mit Hilfe der Bürgerwehr massiv mit Entlassung gegen diejenigen vor, die sich weiterhin der Akkordarbeit widersetzen. Dies wurde auch von einem Teil der Arbeiter gefordert, die die Akkordarbeit akzeptiert hatten. Diese waren meist im „Bau-Arbeiter-Verein“ organisiert, dem der Magistrat auch die direkte Leitung mehrerer Baustellen übertragen hatte. In einem Flugblatt des „Kuratoriums des 1. Bau-Arbeiter-Vereins“ heißt es: „... Aber neben diesen dort beschäftigten, zum 1. Bau-Arbeiter-Verein gehörigen Erdarbeitern, die ihren Arbeitslohn nach ihren Leistungen berechnen, war noch eine große Anzahl auf Tagelohn beschäftigt, die durch das Geringe ihrer Arbeitsleistungen und ihr gesetzloses Betragen auf der Baustelle selbst alle gutgesinnten Arbeiter empörte. Heute hatten nun jene Tagelöhner es gewagt, aufgereizt durch Böswillige ... sich am technischen Bevollmächtigten des Vereins thätlich zu vergreifen. Empört über diese schändliche That eilten die gutgesinnten Arbeiter ihrem verehrten Bevollmächtigten zu Hilfe, und allerdings sind einige Verwundungen, alsdann vorgekommen, jedoch wurde ein weiteres Unglück verhindert. Alle schlechtgesinnten Arbeiter sollen nun entlassen und dafür nur flei-

ßige Arbeiter eingestellt werden ...“ (S. 111) Hier sind die „Fortschritte“ der Selbstdisziplinierung abzulesen.

Die sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung hat natürlich schon lange die „Arbeiterverbrüderung“ zu Recht als Vorläufer der „Sozialen Demokratie“ herausgestellt, doch Dreßen ist der Erste, der die frühe Arbeiterbewegung als Ordnungs- und Selbstdisziplinierungsmacht dechiffriert. Als mit der Rückkehr des geflohenen „Kartätschenprinzen“ von Preußen im Mai die Gegenrevolution virulenter wurde und „brodlose“ Arbeiter und andere Demonstranten versuchten das Zeughaus zu stürmen feuerte die Bürgerwehr; es gab Tote und Verletzte. Auch Born hatte sich der Handwerker-Compagnie angeschlossen, er konnte die Zeughausstürmer nur als Verräter qualifizieren und schreibt in seinen Lebenserinnerungen: „Den Verdacht, daß man es hier mit einem bestellten und bezahlten (sic !) politischen Streik zu thun gehabt, konnte ich nicht mehr unterdrücken und so sprach ich ihn auch ... ungescheut aus“ (S. 121). Hinter der Provokationsthese steckt die Anerkennung einer Legitimität der Macht. Erst durch die fehlgeschlagene Volksbewaffnung, die offensichtliche Spaltung der Arbeiter und Handwerker erhielt die Regierung die Möglichkeit verstärkter Repression.

Die „Verbrüderung“ lehnte übrigens Zwangsarbeit in den Anstalten keineswegs ab, die Gefangenen sollten nur nicht als Konkurrenten auf dem Markt erscheinen, sondern „die Bekleidung und Beschuhung der Truppen verfertigen“ (S. 135). In einem Aufsatz wurden 1849 junge („unschuldige“) Arbeiter gewarnt, an einem „Eisenbahn- oder Festungsplatz“ zu arbeiten. Zu groß sei die Verführung durch Tagelöhner oder Vagabunden, besonders durch vagabundierende Frauen. Das Beispiel der ersten Berliner Arbeiterbewegung zeigt, wie gerade die Arbeiterorga-

nisation die Selbstdisziplinierung der Arbeiter förderte, Emanzipation mit Integration in das Fabriksystem gleichsetzte. „Die Unterwerfung unter die Regelmäßigkeit der industrialisierten Produktion wurde in rechtlicher Formalisierung, in der Betonung der Gesetzmäßigkeit wiederholt. Anerkennung des Rechtsstaats und Integration in das bürgerliche Fabriksystem blieben in der Organisation des entstehenden Industrieproletariats aufeinander bezogen ...“ (S. 159). Als im November General von Wrangel mit 40000 Soldaten Berlin besetzte, boten vergeblich Tausende Erdarbeiter an, sich der Bürgerwehr anzuschließen. Offiziere der Bürgerwehr, linke Abgeordnete und Vertreter der „Arbeiterverbrüderung“ reagierten auf Belagerungszustand und Kriebsrecht mit „passivem Widerstand“.

In einem Exkurs geht Dreßen auf die „Liberalen Pädagogen im Vormärz und in der Revolution“ ein, ein weiteres Kapitel behandelt die Zeit „Nach 1848. Innere Mission, Polizei und Gefängnis“, den Abschluß bildet ein Ausblick „Der Staat und die Sozialdemokratie“. Die deutsche Sozialdemokratie führte Gedenkfeiern zu 1848 durch. „Auf dem Titelbild der 1897 erschienenen ‘Sozialdemokratischen Märzzeitung’ steht vor den toten Opfern aus dem März 48 ein ‘sauberer’, ordentlich gekleideter Arbeiter. Seine Selbstbeherr-

schung ist endlich gelungen. Er verkündet als Mittel der Freiheit: ‘Agitation, Aufklärung, Organisation’. Nicht Revolte, sondern die endlich gelungene Zivilisierung, eine selbstregulierte Welt bringt die Freiheit einer industrialisierten zweiten Natur. Die Revolten, die verschiedenen Kämpfe gegen die Macht, werden verdrängt durch den organisierten Kampf um die Macht; ‘Der Weg zur Macht’ hieß die programmatische Schrift des Sozialdemokraten Karl Kautsky aus dem Jahre 1909.“

Dreßen hat die widersprüchliche Genese der Durchsetzung kapitalistischer Logik an einem Fallbeispiel für die schwierige Integration der Arbeiter und die Rolle der Arbeiterbewegung in diesem Prozeß aufgezeigt. Darin liegt die Bedeutung dieser Arbeit, der man nur eine gründliche Rezeption wünschen kann.

¹ Inzwischen ist Dreßens Buch im Rahmen einer Sammelrezension in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 12/99 in einer extrem abwertenden und geradezu denunziatorischen Art und Weise besprochen worden. Der Rezensent Rüdiger Hachtmann gehört bezeichnenderweise zu jenen „realistischen Historikern“, die Dreßen kritisiert.

